Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 739.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Die Stellung der Nationalliberalen zu den wirthschaftlichen Projekten.

Nachdem die Nationalliberalen auf Seite des Liberalismus Stellung genommen haben, treten die natürlichen Konsequenzen dieses Entschlusses mehr und mehr hervor. Noch in Hannover hat Herr von Bennigsen hervorheben zu müssen geglaubt, daß wirthschaftliche Fragen nicht zum Gegenstande politischer Parteiprogramme gemacht werden dürfen. Heute ist durch die Macht der Thatsachen die „N. L. C." bereits dahin geführt, rund heraus zu sagen, daß politische und wirthschaftliche Fragen sich keineswegs so schlechtweg trennen lassen, wie es gegenwärtig die Offiziösen den deutschen Wählern vorpredigen, obgleich ja sie selbst alle diejenigen, welche die wirthschaftlichen Projekte des Herrn Reichskanzlers verwerfen, somit auch die, welche dies ihrerseits nur aus wirthschaftlichen Gründen thun, den Reichsfeinden zuzählen, also selbst Wirthschaft und Politik vermengen. Die „N. L. C." spricht sich folgendermaßen aus:

„Die in der „Nordd. Allg. Ztg." erfolgten Mittheilungen aus den Akten des Staatsministeriums haben über die politischen Vorgänge der letzten Jahre ein dankenswerthes Licht verbreitet. Gleichzeitig waren die „Post" und die „Nordd. Allg. Ztg." in die Lage gesetzt, die Gründe bekannt zu geben, aus denen der Reichskanzler in in diesem letzten Sommer mit seinem Monopolprojekte entschieden hervorgetreten ist. Auch das ist dankenswerth, um so mehr, als man sich Dank der Haltung der öffentlichen Meinung und der festen Stellungnahme der Zentrumspartei überzeugt haben muß, daß jenes Projekt auch jetzt noch zu keiner glücklichen Stunde ans Licht getreten ist. Es ist ein nicht zu unterschätzender Vortheil der neuesten Erörterungen, daß der rothe Faden der „Steuerreform" nunmehr klar zu Tage liegt und aus den ferneren Verhandlungen darüber das Element verwirrender Unsicherheit ausscheidet. Daß das vielberufene „Ideal" des Reichskanzlers in der bevorstehenden Reichstagssession seiner Verwirklichung entgegengeht, wird Niemand mehr erwarten, und wenn in der „Nordd. Allg. Ztg." Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß das Tabaksmonopol und die Altersversorgung etwa angesichts der thatsächlichen Verhältnisse wieder zuückgestellt werden solle, so kann das nur bedeuten, daß man es auf einen mißlungenen Versuch und eine parlamentarische Ablehnung ankommen lassen werde. Ob man damit dem einen wie dem anderen Projekte einen Dienst erweist, wollen wir dahingestellt lassen. Heute versucht die „Nordd. Allg. Ztg." den Nachweis zu führen, daß die politischen Bedenken, welche auf liberaler Seite am allerentscheidendsten gegen das Monopol ins Gewicht fallen, nicht begründet seien. Das gouvernementale Blatt will politische Gründe einer wirthschaftlichen Maßregel gegenüber überhaupt nicht gelten lassen. Die nationalliberale Partei nehme eine unhaltbare Position ein, wenn sie sage: „ja, das Tabaksmonopol ist an sich, volkswirthschaftlich und finanziell, die bestmöglichste Steuerform, sie würde dem Volke Wohlthat und Segen bringen, wir verwerfen sie aber dennoch, weil wir als mögliche Folge derselben, wenn auch nur in der Zukunft, eine Abschwächung des Einflusses des Parlaments befürchten!" Wir wissen nicht, woraus die „Nordd. Allg. Ztg." schließt, daß die nationalliberale Partei wirthschaftlich und finanziell eine so hohe Meinung von dem Tabaksmonopol hat. Uns ist nur bekannt, daß auch in dieser Richtung innerhalb der nationalliberalen Partei sehr entscheidende Bedenken gegen das Tabaksmonopol obwalten. Wir halten aber auch die ganze Schlußfolgerung des Blattes für durchaus verfehlt. Es ist heute in gewissen Kreisen sehr beliebt, die politischen Fragen als durch die wirthschaftlichen völlig überwunden hinzustellen, sie als eine Bagatelle zu behandeln, auf welche nichts ankommt. Wir sind gar nicht gesonnen, in diesen Ton einzustimmen und zuzugeben, daß unter dem Deckmantel der wirthschaftlichen Streitfragen die politische Reaktion unversehens mit eingeschmuggelt werde. Uebrigens wird man vom Standpunkte des konstitutionellen Staates — der ja, wie die „Norddeutsche Allg. Ztg." weiter ausführt, so voll und ganz von allen Parteien und von der Regierung eingenommen wird — konstitutionelle Sicherheiten gegen mißbräuchliche Anwendung von wirthschaftlichen und Finanzeinrichtungen gerade im wirthschaftlichen und finanziellen Interesse fordern müssen. Politische und wirthschaftliche Gesichtspunkte lassen sich in solcher Weise gar nicht trennen. „Fort mit dem Mißtrauen!" ruft die „Nordd. Allg. Ztg.", „wir sind aus der Kindheitsperiode des Parlamentarismus herausgewachsen, wo Regierung und Volksvertretung sich wie zwei kriegführende Parteien gegenübertreten." Nun, das der nationalliberalen Partei zu sagen, wäre nicht nöthig gewesen. Ihr Verdienst ist es, wenn die Erkenntniß, daß Regierung und Volksvertretung Verständigung suchen müssen, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zur Geltung gekommen ist, und nicht sie war es, welche diesen Boden verließ und die Machtfrage zwischen Regierung und Volksvertretung aufwarf. Wir wollen nicht nochmals auf die Gründe zurückkommen, welche auffordern, gegen Gefährdung des berechtigten Einflusses der Volksvertretung auf der Hut zu sein. Wir haben sie wiederholt dargelegt und darauf hingewiesen, wie wenig förderlich ein solcher Zustand einer zentralisirenden Politik sein muß. Daß auch das Monopolprojekt darunter leidet, darüber kann man sich nicht wundern. Der Ruf: Fort mit dem Mißtrauen! klingt jedenfalls ein wenig naiv. Aber, und das ist die Hauptsache, es handelt sich hier um gar keine Frage des Vertrauens oder des Mißtrauens. Wer die Rücksicht auf konstitutionelle Sicherheit bei dauernden Staatseinrichtungen nicht anders, als aus obwaltendem Mißtrauen gegen einen Minister zu verstehen vermag, der sollte doch Andere über das Wesen des Konstitutionalismus nicht zu belehren versuchen."

[Entwickelung des Begriffes „Reichsfeind".] Der Begriff „Reichsfeind" hat — so führt die „Lib. Korr." aus — seit seiner Entstehung eine reiche Entwickelung genossen. Die ersten Reichsfeinde waren bekanntlich die Ultramontanen, an deren Rockschöße sich Kullmann hängte. Aber seitdem sind die Herren Windthorst, v. Frankenstein 2c. auf den parlamentarischen Soiréen des Reichskanzlers erschienen. Dasselbe Schicksal wie die Ultramontanen hatten Mitte der 70er Jahre die Altkonservativen, die mit dem Altar auch den Thron bedroht sahen, die „Deklaranten" der „Kreuzztg.", die nachher ihr pater peccavi à la Mirbach sagten. Dann kamen die Sozialdemokraten an die Reihe, nachdem an die Stelle des „angenehmen Gutsnachbars" Lassalle die Hasenclever, Liebknecht, Bebel und Gen. getreten waren. Aber die Reichsfeindschaft der Sozialdemokratie erstreckt sich, wie jetzt auch die „Prov.-Korr." versichert, nur auf die Methode, nicht auf die sozialistischen Ziele, und der Famulus des Reichskanzlers, Prof. Wagener, hat ja schon seinen Berliner Wählern erzählt, Herr Bebel sei im Grunde gar nicht so übel. Die neuesten „Reichsfeinde" sind die „Manchestermänner" oder was eigentlich damit gemeint ist, die Liberalen, sobald sie nicht gewillt sind, über den Stock zu springen, möge derselbe auch noch so hoch gehalten werden, eine Aufgabe, die nachgerade selbst einem erheblichen Theile der deutschen Reichspartei zu mißfallen beginnt. Neuerdings nun haben die Anhänger des Reichskanzlers auch „reichsfeindliche" Regierungen entdeckt, wozu allerdings der Reichskanzler schon in der letzten Session des Reichstages bei der Berathung des Antrags der Wahlprüfungskommission die Anleitung gegeben hatte. „Wohin soll es führen", ruft die „Post" aus, „wenn die Reichsregierung außer der Feindschaft der Parteien auch noch die der Regierungen, in deren Namen solche Umtriebe stattfinden, zu ertragen hat!" Die Fragestellung ist unserer Auffassung nach nicht richtig. Wohin soll es führen, fragen wir, wenn die Reichsregierung, d. h. nach der von maßgebender Stelle aus erfolgten Definition der Reichskanzler und die nach seinem Diktat arbeitenden Reichsbeamten, auch solche wirthschaftliche oder politische Fragen zum Maßstab der Reichstreue machen, über welche im Bundesrath auch nicht einmal eine Verständigung im Prinzip herbeigeführt ist! Sollen z. B. die Verwaltungsbeamten im Königreich Sachsen verpflichtet sein, in herzlichster Uebereinstimmung mit den preußischen Landräthen für die Einführung des Tabaksmonopols zu agitiren, obgleich die Protokolle des sächsischen Staatsministeriums, wenn sie über diese Frage nicht stumm sind, nur den Beschluß enthalten können, die sächsischen Bevollmächtigten zum Bundesrath zur Ablehnung des Monopols zu autorisiren? Das preußische Beispiel ist weit eher geeignet, die anderen Regierungen dahin zu führen, daß sie ihre Beamten als Werkzeuge der Agitation für ihre partikularen Strebungen und Meinungen ausnützen. Der Reichskanzler hat sich allerdings in der Sitzung vom 3. März d. J. dahin ausgesprochen, er theile die Ansicht des Herrn Mendel, daß es der Würde des Beamten nicht entspricht, sich in die Wahlkämpfe zu mischen, namentlich in öffentlichen Reden. Aber Fürst Bismarck ist offenbar in Preußen noch ohnmächtiger, als in Thüringen. Oder war es nicht ein preußischer Landrath (Herr v. Gramatzki in Danzig), der in öffentlicher Versammlung für das konservativ-klerikale Kompromiß plaidirte, über dessen Folgen uns die „N. A. Ztg." damit tröstete, daß ja der Bundesrath eventuell etwa beantragte, reaktionär-ultramontane Parteimaßregeln verwerfen könne! Und war es ferner nicht ein preußischer Landrath, der die Vision verkörperte, die nach den Wahlen von 1878 den Schlaf des Reichskanzlers störte, das Bild des Landraths, der im eigenen Wagen den Wahlkandidaten nach verschiedenen Wahlplätzen herumfuhr? In Meiningen war das 1878 nicht geschehen, aber in Preußen ist es im Jahre 1881 Wahrheit und Wirklichkeit geworden. Da der Reichskanzler ohnmächtig ist, dieser Einmischung der preußischen Beamten in die Wahlagitation Einhalt zu thun, so macht die Drohung der „Post", die Schwäche thüringischer Regierungen an den Pranger der Oeffentlichkeit zu stellen, einen etwas beklemmenden Eindruck. Entweder — Oder!

Deutschland.

+ **Berlin**, 19. Oktober. [Konstitutionelle Garantien.] Von konstitutionellen Garantien, d. h. von der Nothwendigkeit, die verfassungsmäßigen Rechte der Reichsvertretung unter allen Umständen intakt zu erhalten, ist schon 1879 bei der Zolltarifreform mit souveräner Nichtachtung gesprochen worden. Als wenn der Reichstag auch nur das Recht hätte vermittelst der sog. Steuerreform das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags verschwinden zu lassen. Gerade zu rechter Zeit kommt eine kleine Broschüre: „Zur Geschichte der Steuerreform im Reiche und in Preußen" (Danzig, Druck und Verlag von A. W. Kafemann), welche in scharfen Zügen die Entwickelung der auf diese Art von Reform bezüglichen Ideen des Reichskanzlers kennzeichnet. In der Einleitung wird daran erinnert, daß der ursprüngliche Verfassungsentwurf das Etatsrecht des Reichstags auf das Ausgabebewilligungsrecht beschränkte, daß aber die Liberalen diese Beschränkung als unannehmbar zurückwiesen und die Aufnahme der Bestimmung in die Verfassung durchsetzten, derzufolge auch die Ausschreibung der Matrikularbeiträge von der budgetmäßigen Festsetzung des Betrages abhängig gemacht wurde. „Eine Reichssteuer, sagte der Abg. Miquel bei der Berathung der Verfassung, können wir uns in der Kürze der Zeit nicht schaffen; wir müssen uns nur verfassungsmäßige Garantien der demnächstigen Einführung einer Reichssteuer schaffen," d. h. die Einführung beweglicher, der jährlichen Feststellung durch den Reichstag bei der Etatsberathung unterliegender Steuern. Die Matrikularbeiträge überflüssig machen durch die Bewilligung von Einnahmen, auf deren Erhebung der Reichstag einen Einfluß nicht ausüben kann, heißt das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags illusorisch machen. Die Regierungen und die Konservativen, welche im Jahre 1867 dieses Ausgabebewilligungsrecht nicht einräumen wollten, sind vor Allem deshalb so eingenommen für ungemessene Vermehrung der indirekten Steuern, weil auf diesem Wege ohne jede formelle Abänderung der Verfassung der Zustand hergestellt werden würde, den der Verfassungsentwurf anstrebte. „Diese Forderung konstitutioneller Garantien, sagt die „N. A. Ztg.", nimmt sich gegenwärtig aus, wie ein aus der Vorzeit des Zollvereins stehengebliebener Schlagbaum an der Grenze eines deutschen Bundesstaats". Das Bild ist nicht glücklich gewählt; verständlicher war die neuliche Anpreisung des Tabaksmonopols, weil die Reichsregierung im Besitz desselben „nicht fortwährend genöthigt sein würde, immer neue kleinere Steuerquellen ausfindig zu machen, um deren Bewilligung von den wenigstens im bisherigen Reichstage wechselnden Majoritäten abhängig zu sehen". Daß die Unabhängigkeit der Reichseinnahmen von dem Reichstage das eigentliche Ziel dieser Steuerreform ist, hat der Reichskanzler mit der ihm eigenen Offenheit selbst erklärt und zwar in der Reichstagsrede vom 10. März 1877, wo er sagte:

„Die parlamentarische Macht bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabebewilligungsrecht gesichert und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebensowenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reiches oder Staates nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen, bis er eben zu Grunde ginge."

Mit anderen Worten: das Ausgabebewilligungsrecht genügt — trotz des Art. 70 der Reichsverfassung, ohne welchen die Liberalen die Verfassung nie angenommen hätten. Wenn sich dann ein folgsamer Reichstag gefunden hätte, der auch noch die zweijährigen Etats, die der Reichskanzler schon zweimal beantragt hat, einführte, so wäre die Volksvertretung glücklich um den Preis gebracht, den sie im Jahre 1867 errungen hatte. Und dabei hat die „N. A. Ztg." die Dreistigkeit, mit scheinheiliger Miene zu sagen:

„Wo und von welcher Seite ist seit dem Bestehen des Reichs auch nur der leiseste Versuch gemacht worden, die Rechte des Parlaments zu kürzen?"

□ **Berlin**, 19. Oktober. Die heutige „Provinzial-Korrespondenz" bringt ihren letzten großen Appell an die Wähler. Sie bleibt, wenn auch diesmal in gemäßigterer Sprache — bei dem „Entweder — Oder", entweder der Regierung aufrichtig ehrlich und kräftig beistehen, oder ihre Absichten durchkreuzen. Damit ja nicht ein halber oder schwankender Freund durchschlüpfe, wird noch eine besonders eingehende Warnung vor solchen Männern erlassen, welche erklären, „daß sie die Pläne des Reichskanzlers im Allgemeinen billigen, vorbehaltlich dieser oder jener Bedenken im Einzelnen". Solche „Leute" sollen sich die Wähler genau darauf ansehen, ob sie dafür auch eine Gewähr bieten, „daß sie mit ihren Einwendungen nur Verbesserungen erzielen und nicht durch ihre Bedenken den Zweck selbst vereiteln wollen." Versicherung der Arbeiter gegen die traurigen Folgen von Unfällen, möglichst Schutz „der Armen überhaupt gegen die Sorgen des Alters" werden auch ferner angestrebt; die Mittel dazu sollen die indirekten Steuern und vor Allem das Tabaksmonopol bringen. Für diese beiden großen Pläne des Reichskanzlers gilt also vorzugsweise das „Entweder — Oder", und dadurch wird ein scharfer Strich wohl auch zwischen „die Nationalliberalen" gezogen, unter denen es ja noch immer Männer giebt, die auch in diesen Punkten mit dem Kanzler marschiren, trotz ihres Führers Bennigsen, dem es seinerseits nicht mehr gelingen wird, die Oppositions-Stellung zu vermeiden.

△ **Berlin**, 19. Oktober. [Bundesrath. Invali-

denfonds. Militärisches.] Der Bundesrath, welcher bekanntlich auf den 20. Oktober einberufen ist, hält morgen Nachmittag 2 Uhr seine erste Plenarsitzung. Dieselbe wird sich vorzugsweise mit der Neukonstituirung zu beschäftigen haben. Die Tagesordnung enthält zunächst: Mittheilung über die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrath. (S. u. Tel.) Es folgt dann Wahl des Protokollführers, eine Mittheilung über die Bildung der Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen, und die Wahl der übrigen neun Ausschüsse. Auf der Tagesordnung stehen ferner zwei Vorlagen, nämlich betreffend die statistischen Erhebungen über den Ernteertrag und die Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für das Etatsjahr 1880/81, ferner die Besetzung erledigter Stellen bei den Disziplinarkammern und endlich Eingaben. — Der Etat über den Reichs-Invalidenfonds für 1882/83 beziffert die Gesammt-Ausgaben auf 30,129,567 Mark, 941,777 Mark weniger als im Vorjahre. Für Deckung dieser Summe finden zunächst die Zinsen im Betrage von 22,481,057 Mark Verwendung; es ist demnach ein Kapitalzuschuß von 7,648,510 Mark (543,961 Mark weniger als im Vorjahr) erforderlich. — Mit Beginn des Jahres 1882 tritt allerhöchster Entschließung zufolge das Reserve-Landwehr-Bataillon Stettin aus dem Verbande der 6. Infanterie-Brigade in den der 5. Infanterie-Brigade über.

— Die in unserer letzten berliner C·-Korrespondenz erwähnte Mittheilung des „Hannover'schen Kurier", welche das Blatt an anderer Stelle als eine „Erklärung" bezeichnet, lautet:

„Wir müssen auf Grund unserer Informationen die Richtigkeit dieser Behauptungen (der „N. A. Z." nämlich: daß 1878 keine Verhandlungen mehr zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Bennigsen stattgefunden hätten), entschieden in Abrede stellen. Hat auch ein schriftlicher Meinungsaustausch nach der Abreise des Herrn v. Bennigsen aus Varzin nicht stattgefunden, so hat der Reichskanzler nach seiner Rückkehr nach Berlin die Verhandlungen doch selbst wieder aufgenommen und wochenlang fortgesetzt. Wenn sie endlich scheiterten, so wird zugegeben sein, daß auf Seiten des Reichskanzlers das entscheidende Moment in persönlichen Fragen lag. Unzweifelhaft sicher aber ist, daß Herr v. Bennigsen seinerseits weitere Verhandlungen aus dem von ihm in Magdeburg angegebenen Grunde ablehnen zu sollen glaubte, weil er in keinem Fall die Verantwortlichkeit für das Tabaksmonopol übernehmen wollte. Diese Verhältnisse sind seiner Zeit zu Berlin Personen, welche dem Reichskanzler und Herrn v. Bennigsen nahe stehen, zur Genüge bekannt geworden. Aus welchem Grunde die „Nordd. Allg. Ztg." dieselben jetzt in einer anderen Beleuchtung erscheinen lassen will, ist uns nicht vollkommen klar geworden. Sollte es etwa auch zu dem Zwecke geschehen sein, das Projekt des Tabaksmonopols, gegen welches sich allmälig alle Parteien erklären, in den Hintergrund treten zu lassen, so können wir damit nur einverstanden sein."

Die Vermuthung, daß dieser Zweck mit im Spiele sei, ist auch in der „Posener Ztg." sofort geäußert worden.

— Die „Provinzial-Korrespondenz" schreibt: Unser Kaiser ist zwar von dem leichten Unwohlsein, welches ihn befallen hatte, nahezu wiederhergestellt, jedoch ist noch eine Heiserkeit zurückgeblieben, so daß bei der Ungunst der Witterung noch einige Vorsicht geboten ist. Ueber die Abreise von Baden-Baden haben daher feste Entschließungen noch nicht getroffen werden können. Nach der immerhin bald zu erwartenden Rückkehr gedenkt der Kaiser an den bevorstehenden Jagden, wenn auch nicht in dem zuerst beabsichtigten Umfange, theilzunehmen.

— Es wird der „N. Z." berichtet, daß das Staatsministerium sich seit der Abreise des Herrn v. Schlözer mit den kirchenpolitischen Fragen nicht beschäftigt habe und daß kein Beschluß darüber gefaßt sei, welche kirchenpolitischen Vorlagen dem Landtage in seiner nächsten Session unterbreitet werden sollen; fest stehe nur, daß dem Landtage der Etatsposten für die Errichtung einer preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle zugehen wird.

— Offiziös wird geschrieben: Während der Verwaltung des jetzigen Unterrichtsministers ist seitens der Provinzialbehörden in zwei Fällen die Ernennung kommissarischer Kreisschulinspektoren zu Kreisschulinspektoren beantragt und in beiden Fällen ist dem Antrage entsprochen worden. Von 181 Stellen werden vom 1. Oktober ab nur sechs kommissarisch verwaltet. — Gewisse Erhebungen über Kreisschulinspektionen finden statt, und zwar zu dem Zwecke, nur eine zuverlässige Statistik, welche namentlich als sichere Grundlage für die Verwaltung der etatsmäßigen Fonds dienen kann, zu erhalten. — In den Jahren 1873 bis 1879 ist in fünf Fällen die Direktion von Seminaren katholischen Geistlichen übertragen worden.

— Aus mancherlei Anzeichen wollte man schließen, daß die Vorlage betreffs des Tabaksmonopols nicht so bald zu erwarten stände. Die „B. Pol. N." hören, daß man trotz der noch umfangreichen Arbeiten, die zu bewältigen sind, mit Bestimmtheit auf das Erscheinen der Vorlage in der Frühjahrs-Session des Reichstags rechnen kann.

— Der „Elb. Ztg." wird geschrieben, daß in jüngster Zeit Erhebungen und genaue Berechnungen über event. zu leistende Entschädigung bei Einführung des Tabaksmonopols durch einen Geh. Oberregierungsrath aus dem Reichs-Schatzamt in Berlin, den Leiter der kaiserlichen Tabaksmanufaktur zu Straßburg Herrn Regierungsrath Dr. Roller, sowie den technischen Direktor Herrn Schmitter in Straßburg stattgefunden haben.

— Aus Leipzig wird den „B. P. N." mitgetheilt, daß in Kreisen, welche mit dem Reichsgericht Fühlung haben, sich die Ueberzeugung geltend mache, es werde auf die Dauer nicht möglich sein, ihm alle die Zweige, die ihm jetzt zugewiesen sind, zu belassen. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß seitens des Reichsgerichts selbst vor Kurzem ein Antrag gestellt worden ist, für gewisse Entscheidungen, welche speziell nur auf Grund eingehender technischer Prüfungen, zu denen das Material in Leipzig aber nicht zur Hand liegt, gefällt werden können, eine besondere Instanz in Berlin zu schaffen.

— Der Jahresbericht von Schulze-Delitzsch über den Stand des Genossenschaftswesens ist eben erschienen und bestätigt von Neuem das gesunde, sichere, stetige Aufsteigen dieses gewaltigen sozialen Baues. Die bekannten Genossenschaften betrugen Ende 1879 rund 3200, Ende 1881 etwa 50 mehr, darunter 1895 Vorschußvereine oder Volksbanken. 1114 Rechnungsabschlüsse sind seitdem bei der Anwaltschaft eingegangen. Für sämmtliche Genossenschaften wird danach die Mitgliedschaft auf eine Million bis elfmalhunderttausend Köpfe veranschlagt, was so viel wie vier bis fünf Millionen überhaupt interessirter Deutscher besagen will; die gemachten Geschäfte auf mehr als zwei Milliarden Mark, das eigene Kapital in Geschäftsantheilen der Mitglieder und Vereinsreserven auf 180 bis 190 Millionen, die ihnen anvertrauten fremden Kapitalien auf 400 Millionen. Bedenkt man, aus wie kleinen Posten durchschnittlich diese mächtigen Summen sich zusammensetzen, wie nahe nicht wenige Vereinsgenossen dem Abgrunde der Hülfsbedürftigkeit wohnen und welch ein Halt dann die Genossenschafts-Angehörigkeit für sie ist, so gewinnen die angeführten Zahlen ein ganz ergreifendes Leben. Unter den fast zweitausend Vorschußvereinen sind 1880 zwei Konkurse, dreizehn Liquidationen vorgekommen. Aber wenn dabei je eine Mark Verlust doch erst auf 1541 M. gewährter Kredite kommt, während es die geschäftlich, geistig und sittlich minder gebildeten Volksklassen sind, welche die Vereine füllen und größtentheils auch die Vorstandsstellen besetzen, so verlieren jene traurigen Fälle für das Genossenschaftswesen als Ganzes jede diskreditirende Bedeutung. Hier aber machen unselbständige Arbeiter mehr als ein Zehntel, Landwirthe fast ein Viertel, Handwerker nicht viel unter einem Drittel aus. Die Sozialdemokraten und ihnen nachbetend (wie so häufig) die Staatssozialisten glauben einen rechten Trumpf gegen die Genossenschaften auszuspielen, wenn sie auf die vielen Handwerker in ihnen neben so wenigen Arbeitern hinweisen. Als ob der kleine Handwerkerstand nicht mindestens eben so hebungsbedürftig wäre, wie der der Regel nach in gutem sichern Lohne stehende Fabrikarbeiter! In den Konsumvereinen machen übrigens die unselbständigen Arbeiter gerade die Hälfte der Mitgliedschaft aus. Das Geheimniß der im allgemeinen ausgezeichneten Haltung der Genossenschaften und namentlich der Kreditvereine liegt sicher in ihrer Verbands-Organisation, an deren Spitze die Anwaltschaft unermüdlich für alle soliden Geschäftsgrungsätze eintritt; dieses Stück Selbstverwaltung aber und „Lösung der sozialen Frage" ist ein so gut wie ausschließlich liberales Werk. Es ist auf niemandes Kosten durchgesetzt worden als etwa die von Wucherern; seine hohe gemeinnützige Wirksamkeit ist keine bloße Verheißung, sondern liegt seit Jahren als vollendete Thatsache vor und nimmt so stetig zu, wie sich die Jahresringe verstärkend um einen Baum legen.

— Am vergangenen Freitag haben in Königsberg i. Pr. bei mehreren Beamten der königlichen Ostbahn polizeiliche Haussuchungen stattgefunden. Nach den Mittheilungen, die der „Hart. Ztg." von zuständiger Seite zugehen, erscheint die Maßregel in einem sonderbaren Lichte. Das Blatt schreibt: Ein Theil der Eisenbahn-Subalternbeamten des Betriebsamts Königsberg hatte im Einverständniß mit der großen Mehrzahl seiner Kollegen im ganzen Direktionsbezirk Bromberg beschlossen, an das Abgeordnetenhaus eine Petition wegen Gehaltsaufbesserung zu richten. Zur Deckung der Kosten sollte jeder der betheiligten Beamten 1 Mark beitragen. Ein darauf bezügliches Zirkular, dessen Inhalt in keiner Weise etwas Strafbares enthält, gelangte in die Hände des hiesigen Betriebsamts, und darauf erfolgte die Haussuchung, bei welcher Alles, was mit der erwähnten Petition in Konnex stand, beschlagnahmt wurde. In einem Falle wurde dieselbe von einem Bahnbeamten ohne Zuziehung der Polizei vorgenommen, in allen übrigen waren die Polizeibeamten nicht in der Lage, einen richterlichen oder staatsanwaltlichen Befehl zur Vornahme der Haussuchung nachzuweisen, vielmehr hat die Staatsanwaltschaft erklärt, daß sie von der ganzen Sache nichts wisse. Wir enthalten uns jeder Kritik dieses Vorganges, glauben aber, daß im Abgeordnetenhause nicht nur die Petition, sondern auch das Verfahren der Behörde Gegenstand recht gründlicher Erörterungen werden wird. (Es handelt sich also nicht um „sozialistische Umtriebe" der Beamten, von denen in der ersten Meldung die Rede war. Die Red.)

— Wie die „Kösl. Ztg." meldet, sind am Sonntag der vorigen Woche in der Synagoge zu Pollnow abermals Fensterscheiben und Rahmen zertrümmert worden. Auch sind die Helden dieser That durch das Fenster der Synagoge gestiegen und haben dort drei neue Fensterrouleaux abgeschnitten und entwendet. Es ist dies bereits das dritte Mal, daß eine Beraubung des jüdischen Tempels in Pollnow stattgefunden hat.

Vortrag des Herrn Professor Baumgarten über Stöcker's Scheinchristenthum.

Die liberalen Wähler des zweiten berliner Wahlkreises hatten sich am 15. d. M. im großen Saale des Zoologischen Garten-Etablissements versammelt, um einen Vortrag des Prof. Baumgarten aus Rostock „über das Christenthum Stöcker's" anzuhören. Zunächst eröffnete Herr Abg. Knörcke die Versammlung damit, daß er erklärte, dem Vorstande des Potsdamer Thorbezirksverein sei von vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, eine außerordentliche Versammlung zu berufen und in dieser Versammlung von einer hervorragenden theologischen Kapazität einen Vortrag halten zu lassen über einen Gegenstand, welcher gegenwärtig namentlich die Wähler dieses Kreises interessire. Der Hofprediger Stöcker habe sich in diesem Kreise um das Reichstagsmandat beworben und dieser habe in seinen Vorträgen das besonders hervorgehoben, daß die christliche Staatsidee mehr und mehr zur Geltung gebracht werden müsse, und daß er sich dieses zur speziellen Aufgabe gemacht habe. Bei der großen Wichtigkeit dieser Sache und dem Ernste dieser Angelegenheit hoffe er zuversichtlich, daß Alle die Ruhe bewahren werden, die hier geboten erscheint.

Professor Baumgarten: Hochgeehrte Versammlung! Ich war bereit, die mir ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen, wenn mir von dem Vorstande zweierlei bestimmt zugesichert wurde, Erstens, daß ich Herrn Stöcker in seiner Ritterburg selbst angreifen könnte, daß nämlich das Christenthum, das er vertritt, nicht das richtige sei, und zweitens, daß jede Störung während des Vortrages unterbliebe. Nachdem mir dieses zugesichert, bin ich erschienen. (Bravo.) Je schwerer die Anklage, die ich erhebe, um so mehr will ich es als Wissenssache betrachten, Herrn Stöcker nicht zu schmähen, sondern anerkennen, was anzuerkennen ist. Besonders betone ich das Eine: Ueber seinen persönlichen Standpunkt zum Christenthum, seine innere Ueberzeugung will ich nicht rechten, dies überlasse ich einem andern Richter. Aber wenn Jemand Irrthümer vorträgt, dann kann ich ihn öffentlich berichtigen und bin sogar verpflichtet dazu. Und dieses soll heute meine Aufgabe sein.

Wenn Jemand es wagt, meine Herren, über das Christenthum eines Anderen zu urtheilen, dann muß er nicht nur ein gutes Gewissen haben über sein eigenes Christenthum, sondern er muß es auch nachweisen können. Lange existirt in Mecklenburg ein Konsistorium, welches mich als Verführer und Verderber der Jugend hinstellt; ich habe die jungen Theologen frei von Menschenfurcht und Knechtschaft machen wollen. Und das ist mir einigermaßen gelungen. Aber meine Schüler mußten zum Lande hinaus und mir verbot man das Lehren. Und dies geschah, weil man die christliche Freiheit nicht wollte! Man warf mir Unchristenthum vor, doch das Scheinchristenthum ist viel schlimmer, als das Unchristenthum! Jetzt kommt ein neues Scheinchristenthum auf, und zwar ist dies in Berlin zu Hause, und hier muß es gebrochen werden. Darum behaupte ich, daß das Christenthum, wie es hier agitatorisch auftritt, ein unechtes ist. Drei Irrthümer sind es namentlich, welche ich dem Herrn Hofprediger Stöcker nachsage, drei Grundirrthümer, und mein heutiger Vortrag soll erhärten, ob ich diesbezüglich im Irrthum bin oder nicht. Diese drei Irrthümer, von denen ich reden will, betreffen Stöcker's Idee vom christlichen Staat, Stöcker's Antheil an der Antisemiten-Petition und Stöcker's Selbsttäuschung bezüglich der von ihm erzielten Erfolge. Vorausschicken will ich dabei, was ich auch früher schon gesagt, daß ich an der Ueberzeugung des Herrn Hofpredigers Stöcker nicht zweifeln mag. Ich halte nur seine Ueberzeugung für eine irrige, und das eben ist es, was ich hier darthun will.

„Der Herr Hofprediger Stöcker verkündet die Lehre vom christlichen Staat und stützt sich dabei auf die Bibel. Dem gegenüber erinnere ich daran, daß drei Jahre, bevor Stahl vom christlichen Staate schrieb und das Programm des christlichen Staates aufstellte, der berühmte Professor der Theologie Hoffmann in Erlangen ein großes Werk herausgegeben hat, welches resumirend mit dem Satze schließt: Der christliche Staat ist eine Lüge! Herr Stahl, der den christlichen Staat errichten wollte, wußte nichts von der Bibel, wollte nichts von ihr wissen. In der That ist es auch nicht möglich, jene Lehre aus den Offenbarungsbüchern herzuleiten. Das Gesetz Moses verbietet, Ochs und Esel zusammenzuspannen, womit gesagt ist, daß man Ungleichartiges auseinanderhalten soll, und das neue Testament predigt auf jeder Seite die völlige Loslösung der Religion von Stamm und Staat, es will die Religion einpflanzen in jedes einzelnen Menschen Herzen. Wenn die Orthodoxie den Anspruch erhebt, daß sie allein autoritativ das Wesen der Religion zu definiren und darüber abzuurtheilen habe, wer innerhalb des Rahmens der Religion steht und wer nicht, so kann ich mich auf die drei Zeugen von höchstem Gewicht berufen, die über das Unheilvolle einer intoleranten Orthodoxie ihr Verdikt abgegeben haben. Der erste Zeuge ist unser Kaiser, der als Prinzregent das große Wort gesprochen, daß hinter der prahlerischen Orthodoxie sich oft die Heuchelei verberge; der zweite Zeuge ist das Volksgericht, welches nach der von uns selbst erlebten Herrschaft der Orthodoxie über diese hereinbrach; mein dritter Zeuge ist Dahlmann, dessen Ansehen in der theologischen Welt unantastbar hoch steht. Wenn man wirklich den christlichen Staat wollen könnte, so dürfte man ihn nur auf zwei Säulen aufbauen, man müßte entweder den Staatskirchenzwang oder die Privilegirung der christlichen Kirche proklamiren. Und diese beiden einzig möglichen Grundsäulen des christlichen Staates stehen im Widerspruch zu zwei geltenden Reichsgesetzen. Der Privilegirung der christlichen Kirche widerstreitet die verfassungsmäßig verbürgte Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Religion, und der Staatskirchenzwang ist durch das Zivilstandsgesetz beseitigt. Letzteres ist allerdings erst jungen Datums. Aber wer den Staatskirchenzwang will, der sollte sich doch die zahllosen Greuel vergegenwärtigen, welche allezeit in der Begleitung des Staatskirchenzwanges gewesen sind. Wer an diese Greul nicht denkt und doch in solchem Streben verharrt, der säet Wind und wird Sturm ernten. Herr Stöcker fordert auch vorläufig den Staatskirchenzwang nicht, er verlangt zunächst nur Dreierlei: eine christliche Obrigkeit, eine christliche Schule und den christlichen Eid. Dabei tritt er mit der Behauptung auf, daß auf seiner Seite allein das Christenthum sei, auf der Seite seiner Gegner aber Unchristenthum, das heißt: Judenthum und Liberalismus. Wenn nun Herr Hofprediger Stöcker den Professor Virchow, gegen welchen er kandidirt, einen Unchristen nennt, so mußte er konsequenter Weise dazu kommen, demselben die Wählbarkeit abzusprechen, damit nicht ein Unchrist in die gesetzgebende Versammlung komme und dort über die Gesetze des Landes mit bestimme. Allerdings verlangt Herr Stöcker zur Zeit noch keinen christlichen Reichstag, sondern nur eine christliche Obrigkeit. Wie steht es da mit dem Landesgerichtsrath Klotz, gleichfalls einem Unchristen in Stöcker's Augen? Herr Klotz gehört doch als Richter unzweifelhaft zur Obrigkeit, die nach Stöcker eine christliche sein soll. Vielleicht dispensirt er diesen, der im Amte ergraut ist, von einer Prüfung auf sein Christenthum; aber den jungen Richtern allen könnte er die Prüfung nicht erlassen, und es bliebe nichts übrig als die Einführung einer deutschen Testakte. Jedermann wäre gehalten, in die Kirche zu gehen, fleißig zu beten und — den „Reichsboten" zu lesen. Und auf dieses Ziel hin müßte auch die christliche Schule zugeschnitten sein, jeder Zweig des Unterrichts müßte in konfessioneller Färbung vorgetragen werden. Was den christlichen Eid anlangt, so bedenkt Herr Stöcker wohl nicht, daß der Zwang, eine christliche Eidesformel zu gebrauchen ungezählte Tausende zu korrumpirender Heuchelei veranlassen würde. Herr Hofprediger Stöcker hofft, und die August-Konferenz mit ihm, daß die Erfüllung der genannten drei Forderungen Sittlichkeit und Christlichkeit heben würde. Wir haben ja ein Land, in welchem jenen Forderungen gewillfahrt war: Mecklenburg. Dort hätten nach Herrn Stöcker und der August-Konferenz die Verhältnisse in seinem Sinne besser sein müssen. Aber gerade in Mecklenburg klagte am 22. Oktober 1879 die oberste kirchliche Behörde: „Auch in unserem Lande ist der Abfall vom Evangelium allgemein!" — Herr Hofprediger Stöcker wird in seiner Idee vom christlichen Staate hauptsächlich dadurch bestärkt, daß in den Motiven zu dem Unfall-Versicherungs-Gesetzentwurf, welcher den Reichstag in der letzten Session beschäftigte, dieser Ausdruck dreimal gebraucht ist und Reichskanzler Fürst Bismarck bei Befürwortung des genannten Entwurfs vom praktischen Christenthum sprach. Früher hielt man Christenthum und Sozialismus für Gegensätze, heute ist das anders geworden. Man will die Noth, die von Anbeginn gewesen und immer sein wird, von Staatswegen beseitigen. In der That hat es einmal eine Gemeinschaft gegeben, welche durch werkthätige, systematische aufopfernde gegenseitige Hilfe von ihren Mitgliedern jede Noth fernhielt: die apostolische Gemeinde nämlich, die wie eine einzige, große Familie lebte. Kaiser Julianus Apostata, der zum Heidenthum zurücktrat, machte den Versuch, auf den Staat zu übertragen, was die Christengemeinde unter sich vollbracht hatte und später bei größerer Ausdehnung und wegen des Uebermaßes der Bettelei auch nicht mehr durchführen konnte. Rnter Julianus Apostata wurde die christliche Liebe, das praktische Christenthum, wie man jetzt sagen würde, zur Staatsinstitution gemacht und dabei verlor sie bald ihren Charakter, wurde sie, da der freie Impuls fehlte, zur Armen-Unterstützung. Der katholische Geistliche Winterer erkannte diesen Grundfehler der Unfall-Versicherungs-Vorlage, und der protestantische Geistliche Stöcker hätte noch mehr Ursache gehabt, den Fehler zu korrigiren. Aber in die in solchem Zusammenhange neuen Ausdrücke verliebt, forderte er „Glauben" für die Durchführbarkeit der unter dem Namen praktischen Christenthumes aufgestellten Projekte und proskribirte damit das Recht der prüfenden Untersuchung. Er

Oesterreich.

Wien, 18. Oktober. [Reise des Kaisers.] Die gestern erfolgte Abreise des Kaisers nach Gödöllö beweist, wie recht man daran gethan hat, den Angaben, daß die österreichisch-russische Monarchen-Zusammenkunft den 18. d. M. erfolgen werde, mit welcher Bestimmtheit diese Angaben auch aufgetreten sind, Mißtrauen entgegenzusetzen. Die „Presse" erklärt auch heute kategorisch:

„Nach den übereinstimmenden Meldungen sämmtlicher als verläßlich geltenden Organe kann heute festgestellt werden, daß von einer Entrevue Sr. Majestät des Kaisers mit dem Kaiser von Rußland vorerst keine Rede ist."

Von Gödöllö wird der Kaiser in 8 oder 10 Tagen wieder hierher zurückkehren, um während der Delegations-Session hier anwesend zu sein. Wenn es bisher bloße Vermuthung war, daß das Provisorium im Ministerium des Aeußeren die Delegations-Session überdauern werde, so kann nach Allem, was man seit dem vorgestern abgehaltenen gemeinsamen Ministerrathe hört, nun mit Bestimmtheit angenommen werden, daß vor Schluß der Delegations-Session keine weitere Veränderung bezüglich des Ministeriums des Aeußeren erfolgen werde.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Oktober. [Parnells Benehmen im Gefängniß] bestätigt, wie die „Köln. Ztg." schreibt, die von ihr ausgesprochene Behauptung, daß ihm die Haft nicht unwillkommen erscheint. Er sprach sich über seine Behandlung in befriedigendster Weise aus, lobte den Gefängnißgouverneur und dessen Beamte, die von den gewöhnlichen Förmlichkeiten — Feststellung des Gewichtes, des Maßes und Durchsuchung des neuen Deliquenten — abgesehen hatten und hoffte, demnächst in der Tischlerwerkstätte des Gefängnisses Beschäftigung zu finden, eine Arbeit, die er als Knabe aus Liebhaberei betrieb. Seine vielsagende Schlußbemerkung war: „Ich werde es als ein Zeichen ansehen, daß das Volk seine Schuldigkeit nicht thut, wenn ich bald freigelassen werde." Parnell hofft also auf längere Gefängnißhaft; sie überbrückt einen kritischen Zeitabschnitt für die Landliga und giebt ihm überdies Muße, sich körperlich einigermaßen zu erholen. Denn er sieht ungemein erschöpft aus. Er ist erst 35 Jahre alt, macht aber den Eindruck eines guten Vierzigers. Die lange fortgesetzte Wühlerei und der brennende Ehrgeiz haben ihn frühzeitig alt gemacht; die Ruhe des Gefängnisses und die bei der Tischlerarbeit nöthige Bewegung werden daher sehr heilsam für ihn sein. Von der Zukunft der Landliga hat er selbstverständlich die günstigsten Ansichten, so wie es sich für deren Führer geziemt. Sie auszurotten sei unmöglich, wenn man nicht das ganze Land, das der Verbindung angehöre, hinter Schloß und Riegel setzen wolle. Vielleicht ließe sie sich offiziell unterdrücken, dann aber würden die geheimen Verbindungen unter dem Volke wie Pilze aus der Erde wachsen, und diese seien gefährlicher für England als die offene Landliga. Wie die Einwohner von Dublin am 14. d. Mts. sich über die Verhaftung des „berühmten Mannes" getröstet haben, ist zur Stunde noch unbekannt, da der Orkan, der bis gegen Abend über das Land raste, alle telegraphischen Verbindungen unterbrochen hat. Wir erfahren nur, daß der Exekutivausschuß den Mitgliedern der Liga geboten hat, ihre Läden zu schließen zum Zeichen der Trauer; eine Bande von 1000 Mann soll dieses Gebot auch in den Straßen und Häusern verkündet haben, doch wurde dem Befehl nicht überall Folge geleistet. In der Stadt Cork, dem Wahlsitze Parnells, besaßen die Butterfabrikanten und ihre Arbeiter wirklich Selbstverleugnung genug, ihre Geschäfte zu schließen: ein nicht zu unterschätzender Schritt, denn das Buttergeschäft ist das wichtigste im Süden Irlands und Cork ist sein Sammelort und Mittelpunkt. Weitere Nachrichten über Kundgebungen zu Gunsten Parnells sind abzuwarten. Gladstone ist unterdessen mit seiner Familie nach Hawarden Castle abgereist, wo er sich mit dem Fällen von Bäumen beschäftigt, die vielleicht den Stoff zu Parnells Tischlerarbeit liefern. Seine Energie in der irischen Angelegenheit wird nicht verfehlen, die Gutsherren mit neuem Muthe zu erfüllen. Schon am Mittwoch rafften sie sich auf einer Versammlung in Enniscorthy unter Vorsitz des Lords Courtown zu sieben sehr herzhaften Beschlüssen auf. Sie machten darin zunächst die Regierung für die Aufrechterhaltung des Gesetzes verantwortlich, verpflichteten sich, allen von der Landliga bedrohten Leidensgenossen beizustehen, wünschen das neue Landgesetz mit Milde und Festigkeit ausgeführt zu sehen, weigern sich aber, mit den Pächtern, wenn diese als vereinte Körperschaft auftreten, über Pachtherabsetzung zu verhandeln, erbieten sich, ½ Prozent des Werthes ihres Besitzthums für die nächsten drei Jahre an die Gesellschaft zum Schutze des Eigenthums zu zahlen und ernennen einen Ausschuß zur Ausführung obiger Beschlüsse.

Rußland und Polen.

Petersburg, 18. Oktbr. [Neue Krawalle gegen Kaufleute und Juden,] d. h. gegen die Reichen, werden hier, wie der „Kölnischen Ztg." geschrieben wird, allen Ernstes befürchtet. Die Regierung hat von diesem von den Sozialisten ausgehenden Anschlag Kenntniß erhalten, daher auch Koslow's (des Polizeipräsidenten) Wort zu dem Herausgeber des „Herold": „Wenn Sie wüßten, was in Petersburg sich vorbereitet und u. s. w." Die Truppen sind jetzt täglich in den Kasernen zusammengehalten und an sie scharfe Patronen vertheilt worden. Die Umsturzpartei wiegelt systematisch weiter auf, hat Proklamationen erlassen:

1. an die uralischen, donischen, orenburgschen, kubanischen, terschen, astrachanschen, sibirischen u. a. Kosaken, die zum Abfall von Alexander III. aufgefordert werden; 2. eine Bekanntmachung des Exekutivkomites an das Volk der Ukraine in kleinrussischer Sprache gegen die Juden gerichtet, in der Druckerei der „Narodnaja Wolja" hergestellt wie die übrigen; 3. eine Proklamation an die Arbeiter Rußlands: 4. das Programm über die Arbeiter von den Mitgliedern der Partei der „Narodnaja Wolja", herausgegeben von der Redaktion derselben und 5. das Programm des Exekutivkomites, bestehend aus 6 Hauptpunkten mit 24 Unterabtheilungen, unterzeichnet von „Ispolnitelni komitet" (Exekutivkomite), gedruckt schon 27. August in der „Narodnaja Wolja" und nun erschienen, wie darunter zu lesen, in „dritter Auflage".

Die beiden jüngsten Proklamationen in Großformat sind vom 13. und 15. September an die Kosaken und das Volk der Ukraine, dem Publikum indessen erst ganz kürzlich zu Gesicht gekommen, weil der Druck vermuthlich langsam vor sich geht. Petersburg ist bis jetzt von Flugblättern ziemlich verschont geblieben, da dieselben fast alle ins Innere gingen.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Oktober. [Die politische Lage der Türkei] ist, wie der „National-Zeitung" geschrieben wird, gegenwärtig nicht ohne Interesse und zwar nimmt dasselbe wesentlich auf zwei weit auseinander gelegene und mit einander nicht in Kontakt stehende Angelegenheiten, die egyptische und armenische, Bezug. Erstere befindet sich im Vordergrunde und beansprucht die Hauptaufmerksamkeit. Seit Entsendung der vielbesprochenen Pforten-Kommission nach Kairo ist eine unverkennbare Verschärfung des türkisch-britischen Gegensatzes eingetreten, obgleich das englische Kabinet von allem Anfang an bemüht gewesen ist, Frankreich als Stoßkissen zwischen sich und den Diwan einzuschieben und dasselbe bei einer etwa ernster werdenden Verwickelung unter allen Umständen mit in diese hinein zu ziehen. Wie man sich in Paris diesen britischen Bemühungen gegenüber weiter verhalten wird, ist noch nicht klar. Ein paar Finger hat Frankreich allerdings England dargereicht, aber entschieden noch nicht die ganze Hand ihm geboten. In der momentan die geringere Bedeutung beanspruchenden armenischen Frage ist die Stellungnahme Rußlands augenscheinlich eine stark prononzirte, hauptsächlich jedoch im geheimen Verkehr zwischen dem Botschafter Nowikow und der Pforte. Das Kunststück, um welches es sich handelt, ist, den türkischen Staatsmännern die Ueberzeugung beizubringen, daß in dieser Angelegenheit Rußland ihr aufrichtigster Berather auf Grund der Identität seiner eigenen Interessen mit denen des osmanischen Reiches sei. Ein Echo dieser moskowitischen Insinuationen ist dann und wann aus der hiesigen türkischen Lokalpresse heraus zu hören. Dieselbe nimmt nicht Anstand, die Behauptung besonders scharf zu accentuiren, wonach eine jede an die armenische Nationalität türkischer Seits zu machende Konzession rückwirkend sein würde, indem sie die Nothwendigkeit weiterer Zugeständnisse involvire. Letztlich müßten dieselben aber zur Autonomie des türkischen Armeniens führen, welche Rußland in demselben Maße zu hintertreiben Anlaß habe, wie die Pforte selber. Umgekehrt möchte England, hauptsächlich um der russischen Politik im türkischen Asien seinerseits zuvorzukommen, die Türkei zu möglichst weit gehenden Konzessionen an die Armenier bestimmen, wobei man den Versuch macht, eine auf denselben Zweck hingewendete innere Bewegung unter dieser Nationalität hervorzurufen. Die Mittel, deren sich die englische Propaganda dazu bedient, sind zum Theil ganz absonderlicher Art. In einem Lande, wie Armenien, wo die Kenntniß des Lesens und Schreibens so wenig noch verbreitet ist, würden allerdings Druckschriften propagandistischen Inhalts für das bezüglichen Interesse wenig in Betracht kommen. Man hat eben darum, um das armenische Nationalgefühl anzuregen, seine Zuflucht zu bildlichen Darstellungen aus der Vorzeit des Landes genommen und verbreitet Schnupf- und Halstücher, welche Begebenheiten der armenischen Geschichte darstellen. Die Pforte hat ein Verbot wider die Einfuhr dieser englischen Fabrikate erlassen. In Mitten des entgegengesetzten Drängens von Rußland und England wird der Sultan sich schließlich dennoch veranlaßt sehen, in der armenischen Frage irgend eine, wenn auch muthmaßlich vorerst keine Entscheidung in sich tragende Maßregel zu ergreifen. Im Hinblick auf solche Nothwendigkeit redet man hier seit ungefähr 10 Tagen von der bevorstehenden Absendung eines Pforten-Kommissärs nach dem Hochlande und verschiedene Gerüchte beschäftigen sich bereits mit der bezüglichen muthmaßlichen Wohl. Die Rußland zuneigenden Mitglieder des Kabinets und namentlich die nähere Umgebung des Souveräns möchte, daß man sich für den seitherigen Unterstaatssekretär im Kharidsché (dem auswärtigen Amt) Artin Effendi Jadian, der aus der gleichnamigen, großen armenischen Familie stammt, entschiede, während der englische Einfluß dem Marschall Achmed Mukhtar Pascha die fragliche Mission zuwenden möchte. Beide Fälle wären in ihrer Bedeutung sehr wesentlich von einander unterschieden. Bei Entsendung Artin Effendis würde es sich ganz unverkennbar nur um ein weiteres Hinausschieben der Ausführung des 61. Artikels des Berliner Traktats handeln. Namentlich dürften, weil der Betreffende nicht Militär ist, die Uebelstände, welche für Armenien, aus der Nachbarschaft zu dessen Bewohnern und der Untermischung mit ihnen die Kurden entstanden sind, nicht beseitigt werden. Gerade hierauf aber scheint die englische Diplomatie, bei seitheriger Vorbesprechung der Behandlung der Frage, das Hauptgewicht gelegt zu haben. Eine durch den gestrigen „Phare du Bosphore" verbreitete Nachricht, der zur Folge Artin Effendi Jadian zum Pforten-Kommissär für Armenien bereits ernannt worden sei, halte ich für verfrüht. — Die Berathungen der türkischen Finanz-Kommission währen unausgesetzt fort, es ist indeß noch nicht so sicher, wie man es noch vor Kurzem voraussetzte, daß man bis zum Schluß des laufenden Monats zu einer vollständigen Verständigung gelangen werde.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. Oktober. [Privat-Telegramm der „Posener Zeitung".] Zu Bundesrathsbevollmächtigten sind ernannt worden der Unterstaatssekretär von Möller, der Ministerialdirektor Herrfurth, der Geheimrath Lohmann und der würtembergische Ministerialrath von Knapp. (Wiederholt.)

Alexandrien, 19. Oktober. Die türkischen Kommissäre sind heute Mittag abgereist. Die Panzerschiffe „Invincible" und „Alma" bereiten ihre Abfahrt vor, welche heute Abend oder Donnerstag erfolgt. (Wiederholt.)

Tripolis, 19. Oktober. 2000 Mann türkischer Truppen sind von Tripolis nach Kreta gesandt. (Wiederholt.)

---

beharrt bei den Vorschlägen, die er christlich nennt, obwohl ihnen der christliche Geist fehlt und ihre Verfolgung auf breiter Straße zum Throne des Antichrist führt.

„Ich komme jetzt zu dem zweiten Punkte: die Betheiligung Stöcker's an der Antisemitenpetition. Es kommen hierbei zwei Schriftstücke in Betracht, nämlich die Petition selbst und das Zirkular, welches zum Unterschreiben der Petition auffordert. In den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Interpellation Hänel vom 20. und 22. November vorigen Jahres mußte Herr Stöcker, sich streubend, zugeben, daß er beide Schriftstücke unterzeichnet hatte. Die Herren Henrici und Förster aber haben verrathen, daß Herr Hofprediger Stöcker an der dreimaligen Berathung der Petition in hervorragender Weise theilgenommen hat! Herr Stöcker behauptet, daß er als Geistlicher in den Kampf gezogen sei, gezwungen durch frivole Angriffe von Juden gegen das Christenthum. Er übersieht dabei zweierlei: einmal, daß die Juden in dem Geistlichen nicht sowohl den Andersgläubigen, als vielmehr den Bannerträger einer gegnerischen politischen Partei sehen, und ferner, daß es nicht gleich als ein Sakrilegium betrachtet werden darf, wenn ein Jude über das in pastoralen Versammlungen übliche, von Hengstenberg schon scharf verurtheilte, überall Blößen gebende übertriebene Pathos einen Witz macht. Was nun das Zirkular anlangt, welches zum Unterschreiben der Antisemitenpetition einladet, so äußert es sich in überaus naiver Weise dahin, daß eine Emanzipation des deutschen Volkes von den Fremdlingen angestrebt werden müsse, die doch nur den achtzigsten Theil der Bevölkerung ausmachen. Wäre es wirklich so wahr, wie es nicht wahr ist, daß die Christen in Deutschland in achtzigfach überlegener Zahl die Knechte der Juden geworden seien, so verdienten wir Christen, wie Minister Hobrecht richtig sagte, nichts Besseres als Knechtschaft. Die Behauptung jedoch ist eine durchaus unwahre. Aber schlimmer noch als diese Unwahrheit ist die Unchristlichkeit, welche in dem Zirkular ihren Ausdruck findet. Herr Stöcker behauptet von sich, er habe die Judenfrage genau studirt. Das ist ein großes Wort, denn die Judenfrage studiren heißt nicht viel weniger als die Menschheitsfrage studiren. Nein, Herr Hofprediger Stöcker hat keine Ahnung von dieser Frage, er hat keine geschichtlichen Kenntnisse! Er kennt die Tagespresse, besonders den „Börsen-Courier", aber ich weiß nicht, ob er überhaupt irgend etwas genau studirt hat. Er würde sonst vielleicht wissen, daß die kirchlichen Judenverfolgungen weit bösartiger gewesen sind als die staatlichen. Die lange Liste der Judenverfolgungen, welche Stiftsprobst Döllinger aufgestellt hat, ist leider noch nicht einmal vollständig.

„Was endlich den dritten Punkt angeht, die Selbsttäuschung in welcher sich Herr Stöcker bezüglich der von ihm erzielten Erfolge befindet, so mag zunächst Folgendes erwähnt sein: Herr Hofprediger Stöcker sagt, das Christenthum verlange keine Kopfhängerei. Seine Witze von den Löwen, die einander verzehren, von dem fortschrittlichen Ring in der Nase Berlins und dergleichen mehr zeugen nun allerdings von einer heiteren Lebensauffassung, und Heiterkeit rufen sie auch hervor. Aber das Christenthum verlangt nicht blos keine Kopfhängerei, es fordert nach dem Apostel auch Fernbleiben von Ueberhebung. „Ein wenig bescheidener!" ruft Herr Stöcker den Juden zu, aber er selbst geht ihnen mit schlechtem Beispiel voran. In pastoralem Tone und mit grenzenloser Uebertreibung spricht er von dem „Strome der Begeisterung", von der „neuen Aera", von den „Millionen", die hinter ihm stehen. Er theilt die Welt in Juden und Liberale auf der einen, in Konservative auf der anderen Seite, nennt Jene das „Volk des Zornes", Diese das „Volk der Verheißung", verurtheilt Jene zum Tode in der Wüste, führt Diese als „Neues Israel" über den Jordan. Woher kommt es denn, daß die Kollegen des Herrn Stöcker von dieser „neuen Aera" nichts wissen? daß die Herren Kögel und Bauer nur klagen, aber nichts von dem „Strome der Begeisterung" erzählen! Herr Stöcker hat sich freilich sehr bemüht, in der akademischen Jugend Begeisterung in seinem Sinne zu wecken, und ganz vergeblich ist sein Streben nicht gewesen. Sind doch die „Deutschen Studenten" zum Kyffhäuser gezogen, haben dort ein Fest gefeiert und Reden gehalten. Einer der Regsamsten unter diesen jungen Akademikern giebt auch eine „Kyffhäuser-Zeitung" heraus. In der zweiten Nummer dieses Blattes findet sich nun wörtlich folgender Passus: „Uns Deutschen wäre zu empfehlen eine konkrete Rücksichtslosigkeit, ja eine Art Rohheit". Das mag antisemitisch sein, aber christlich ist es gewiß nicht, und vergeblich habe ich nach „christlicher Begeisterung", vergeblich nach der „neuen Aera" gesucht. Allerdings kommen Tausende in die Versammlung des Herrn Stöcker. Aber der Herr Hofprediger müßte doch wissen, daß sich dort Rassenhaß, Streberthum, Skandalsucht, Neugierde begegnen. Woher sollte auch ein Erfolg kommen, da in Wahrheit nichts gethan wird, um einen solchen zu erzielen, und es ohne Aussaat keine Ernte geben kann? Das echte Christenthum ist ein heiliger Boden, wer ihn betritt muß seine Schuhe ausziehen; dasjenige aber, welches gemeine Agitation betreibt, ist eine Landstraße, auf der Jeder sich tummeln darf. — Und der Oberkirchenrath? Im Jahre 1879 verurtheilte er die Stöcker'sche Agitation, und heute, da diese Agitation durch das ganze Land geht, ist er stumm! Es wäre seine Pflicht, gegen die geistliche Demagogie zu sprechen, er müßte direkt Herrn Stöcker zu Rede stellen, dessen angebliche Siege selbstmörderische Gefahren für Staat und Kirche sind. Darum schließe ich mit lautem, immer lauterem Proteste gegen die Selbstüberhebung, Verfolgungssucht und Korruption dieses falschen Christenthums, welches keine Schäden heilen kann, da es selbst im höchsten Grade der Korrektur bedürftig ist."

Auf das Gesuch des Herrn Hofprediger Stöcker an den Vorstand des „Potsdamer Thor-Bezirksvereins", ihm eine Eintrittskarte zu dem Vortrage des Prof. Baumgarten zu gewähren, hat der Stadtverordnete Grunert im Auftrage des Vorstandes folgenden, von der „Volkszeitung" veröffentlichten, ablehnenden Bescheid ertheilt:

„Herrn Hofprediger Stöcker hier, Hindersinstr. 6. „Eingeschrieben." Berlin, den 15. Oktober 1881. Im Auftrage des Potsdamer Thor-Bezirksvereins habe ich Ihnen ergebenst mitzutheilen, daß wir Ihnen die nachgesuchte Einlaßkarte zu der heutigen Versammlung versagen müssen. Ihre Kampfesweise hat nicht blos in den weitesten Kreisen unseres liberalen Bürgerthums, sondern selbst bei einem großen Theil von Konservativen soviel Indignation hervorgerufen, daß Ihr Erscheinen in unserer Versammlung sehr leicht eine Störung und möglicherweise eine Auflösung nach sich ziehen könnte. Einer solchen Eventualität können wir uns aber nicht aussetzen, und deshalb haben wir uns entschließen müssen, Ihr Gesuch ebenso zurückzuweisen, wie viele andere, durch deren Berücksichtigung unserer Ueberzeugung nach Aehnliches zu fürchten stand. Wir haben uns von unserer Entschließung in Bezug auf Ihr Gesuch auch nicht durch die entgegenstehenden Wünsche des Herrn Professor D. Baumgarten abbringen lassen, der eben über die Art, wie hier der Kampf gegen uns geführt wird, nicht genügend orientirt ist. Der Vorstand hat aber beschlossen, den Vortrag des Herrn Professor D. Baumgarten stenographiren zu lassen, und ich bin beauftragt, Ihnen sobald als thunlich ein Exemplar des Wortlautes zuzusenden, welchem Auftrage ich mich bestimmt unterziehen werde. Ergebenst Franz Grunert."

Unsere Moden.

Wer vermöchte das Wesen unserer Moden in kurze, bestimmte Worte zusammenzufassen; jene zahllosen Variationen und Zusammenstellungen an sich längst bekannter Einzelheiten, welche diese leichtlebige Fee in unermüdlichem Spiel ersinnt, lassen sich durch die eingehendste Feder nicht erschöpfen.

Es will scheinen, als böte die diesjährige Herbstsaison mehr denn je des Mannigfaltigen, Ueberreichen. — Letzteres mit besonderer Anwendung auf Umhänge und Hüte. Beide erscheinen unserer Damenwelt jetzt noch als die wichtigeren Faktoren. Das Leben in den Salons beginnt sich erst allmälig zu entfalten, noch herrscht die Sorge für das Straßenkostüm vor. Viel Gewicht legt die elegante Damenwelt auf wohldurchdachte Harmonie in der Toilette. Nicht gesagt, daß die Umhänge oder Paletots immer vom Stoff des Kleides sein müßten — daß dieses nach wie vor beliebt ist, erscheint vorzugsweise von der Jugend und bei einfacheren Straßenkostümen zur Schau getragen, während kostbarere Toiletten ihre Harmonie darin suchen, alle Einzelheiten in gleicher Höhe der Eleganz ausgestattet zu sehen. Trägt man ein Kostüm reich mit Sammet oder Moirée verarbeitet, so würde der kurze Brunnenmantel aus englischem Wollenstoff wenig dazu passen, vielmehr wird ein Umhang aus satin merveilleux, brochirtem Sammet oder dergleichen erforderlich, und auch der Hut von gleicher Eleganz zu wählen sein.

Die Hüte zeigen sich uns in originellsten Arrangements und Formen. Dem seidenweichen, langflockigen Plüschfilz begegnen wir sowohl bei den breitrandigen einseitig mit aufgeschlagener Krempe versehenen Formen im Genre Rembrandt, als auch bei den Façons Don Carlos, Condé, Récamier, Niniche, Cabriolet, Directoire u. s. w.; dieser Plüschfilz tritt uns in allen modernen Farbentönen entgegen, zu jeder Toilette vermag man den Hut in übereinstimmender Farbe zu wählen. Derartige Hüte werden meist nur mit lang herabwallenden Straußfedern, die aus einer großen Agraffe hervortreten, garnirt oder mit Vignetten und kleinen, krausen Federstutzen, höchstens umwindet den Kopftheil eine

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* „Buch der Eltern". Von Dr. K. Oppel. Verlag von Moritz Diesterweg in Frankfurt a. M. — ist der Titel eines in 3. Auflage (in 8 Lieferungen à 60 Pfg.) erscheinenden Buches, dessen erstes Heft soeben ausgegeben wurde und in allen Buchhandlungen zu haben ist. Das Buch giebt in der ansprechendsten und anschaulichsten Form eine auf die reichen Erfahrungen eines ganzen Menschenalters gegründete Anleitung zu planmäßiger Erziehung unserer Kinder.

* Die soeben im Verlage der Gruenauer'schen Buchdruckerei G. Böhlke zu Bromberg erschienene zweite Ausgabe des „Ostdeutschen Coursbuchs", welche in den Bureaus der königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg zusammengestellt ist, ist umsomehr zu empfehlen, als sie für den so geringen Preis von 30 Pfg. so viel bietet. Im Ganzen enthält sie 76 Bahnstrecken mit deren Anschlüssen, ein mit den Tournummern bezeichnetes alphabetisches Stationsverzeichniß, die Postanschlüsse, die neuesten ministeriellen ꝛc. Bestimmungen über Beförderung von Personen und deren Gepäck, namentlich auch in Bezug auf die Tour- und Retourbillets, ein Verzeichniß der Sehenswürdigkeiten, sowie der Hotels im Bereiche des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg und eine mit den im Coursbuche enthaltenen korrespondirenden Tournummern versehene Eisenbahnkarte.

* Zum ersten Male wohl in diesem Jahrhundert ist es einer deutschen Revue beschieden, das Jubiläum ihres fünfzigsten Bandes zu feiern. Mit dem eben ausgegebenen Oktoberhefte treten Westermann's „Illustrirte Deutsche Monatshefte" ihren 51. Band an. Die Vorzüge, denen diese Monatsschrift einen so langen Bestand und einen so großen und treuen Leserkreis zu danken hat, sind bekannt. Die Leiter des Unternehmens haben es stets verstanden, dem Blatte dieselbe vornehme Haltung zu bewahren, die es vom ersten Hefte ab einnahm — und dasselbe zu einem ausgezeichneten Familienblatte wie zu einer literarisch bedeutenden Revue in harmonischer Verbindung zu gestalten. Dabei wußten sie neben den alten und bewährten Kräften stets junge begabte Autoren heranzuziehen, so daß die Zeitschrift ein frischer Ton durchweht und daß man in dieser Hinsicht ihr nichts von ihrem respektablen Alter anmerkt. Das vor uns liegende Heft enthält eine solche Fülle glänzender Namen und vorzüglicher Beiträge, daß man den „Monatsheften" danach auch für das zweite Vierteljahrhundert ihres Bestehens nur das günstigste Prognostikon stellen kann. Robert Hamerling eröffnet den Reigen mit einem sehr schönen, gedankenreichen Prolog zum Jubiläum; es folgt W. H. Riehl, der bekannte Kulturhistoriker, mit einer sehr hübschen Novelle „Damals wie heute". Von Siegfried Kapper, dem ältesten Mitarbeiter der „Monatshefte", bringt das Heft den ersten Theil einer geistvollen Studie über „Dante und Ugolino", Moritz Wagner unterrichtet die Leser über „Darwinistische Streitfragen", Karl Reclam über die „Deutsche Gesundheitspflege in den letzten fünfundzwanzig Jahren", Wilhelm Lübke über die beiden „Brüder Hubert und Jan van Eyck". Mehrere künstlerisch vollendete Illustrationen des großen Genter Altarbildes schmücken diesen gediegenen Essay. Der nun folgende Beitrag des Altmeisters Emanuel Geibel ist eine seiner lieblichsten und schönsten Elegien: „Escheberg", die Niemand ohne Erhebung und Rührung lesen wird. An die poetische Spende reiht sich eine literarhistorische Untersuchung des Herausgebers der „Monatshefte", Friedrich Spielhagen, über den „Ich-Roman" — für alle Leser Spielhagen's von hohem Werthe — und eine sehr interessante Skizze von Georg Ebers über das „Egyptische Märchen vom verwunschenen Prinzen". Ein ganz besonderes Aufsehen dürfte der Bericht von Gerhard Rohlfs über seine „Audienz beim König von Abessinien" erregen, dem gleichfalls mehrere Illustrationen beigegeben sind. Dem deutschen Weltreisenden folgt der schwedische Freiherr Adolf Erik v. Nordenskiöld mit einer Studie über das „Erdbeben". Eine allerliebste humoristische Geschichte von Sacher-Masoch: „Der ewige Student", ein anmuthiger Plauderbrief von Fanny Lewald aus Rom und zahlreiche literarische Kritiken und Notizen bilden den Abschluß des überans reichhaltigen Heftes der vielbewährten und allbeliebten Zeitschrift, der wir auch fernerhin die besten Erfolge und einen immer stets wachsenden Leserkreis wünschen. In jeder gebildeten deutschen Familie sollte diese vortreffliche Zeitschrift eine Heimstätte finden!

Locales und Provinzielles.

Posen, 20. Oktober.

— [Die Wahlbewegung in der Provinz.] Ueber die Wahlbewegung in unserer Provinz liegen leider erst ganz unvollständige und für die deutsche Sache keineswegs günstige Nachrichten vor.

Schon Ende Juni haben wir ein Tableau der bisherigen Reichstags-Wahlergebnisse in der Provinz aufgestellt. Wir heben aus demselben hier nochmals hervor, daß die Reichstagswahlen von 1871 neun polnische und sechs deutsche Abgeordnete ergaben. Bei den Wahlen von 1874 ging Samter-Birnbaum-Obornik, bei denen von 1877 auch noch Wirsitz-Schubin verloren. Letzterer Wahlkreis wurde 1878 zurückerobert, so daß seitdem die Provinz im Reichstage durch fünf deutsche und zehn polnische Abgeordnete vertreten ist, ein Verhältniß, das weder der Zahl noch der Bedeutung des deutschen Elementes in Posen entspricht.

Wie liegen nun jetzt die Dinge?

Im Stadt- und Landkreis Posen, wo das letzte Mal der Rittergutsbesitzer v. Kennemann-Klenka (konservativ) gegen den Polen v. Turno unterlag, stehen sich diesmal der Rittergutsbesitzer v. Turno (Pole), der Rittergutsbesitzer v. Wilamowitz-Möllendorf (konservativ) und der Bürgermeister Herse (liberal) als Kandidaten gegenüber. Die Hoffnung, einen Deutschen durchzubringen, ist, im Hinblick auf die numerische Ueberlegenheit der Polen im Landkreise, gering, darf aber nicht ganz aufgegeben werden, und es müssen daher möglichst alle deutschen Wähler an die Wahlurne gebracht werden. Bis jetzt war hier der Prozentsatz der polnischen Wahlbetheiligung ein weit stärkerer als der der deutschen. Möge sich die Aufstellung gesonderter deutscher Parteikandidaten, eines konservativen und eines liberalen, in dieser Beziehung zugkräftig erweisen! Sollte es auch nicht gelingen, einen Deutschen in die Stichwahl zu bringen, so muß das Streben doch dahin gehen, durch die Zahl der abgegebenen Stimmen ein kräftiges Anwachsen des Deutschthums zu konstatiren. Von welch' hoher Wichtigkeit für die liberale Sache es unter allen Umständen ist, daß jeder liberale Wähler seine Stimme auch wirklich abgiebt, haben wir in unserem gestrigen Leitartikel „An die liberalen Wähler" ausführlich dargethan.

Im zweiten Wahlkreise: Samter-Birnbaum-Obornik, wo das vorige Mal der Landrath a. D. v. Wilamowitz-Möllendorf vor dem Polen Graf Kwilecki das Feld räumen mußte, haben sich diesmal dem Grafen Stephan Kwilecki (Polen) gegenüber die Liberalen auf den nationalliberalen Dr. Weber, Redakteur der „Nationalliberalen Korrespondenz", geeinigt. Einer uns aus bester Quelle von dort zugegangenen Korrespondenz zufolge (s. „Lokales und Provinzielles") hat sich der genannte Kandidat voll und ganz auf den Boden der jüngsten nationalliberalen Kundgebungen gestellt, sich gegen das Tabaksmonopol, gegen zweijährige Budgetperioden ꝛc. ausgesprochen und den Konservativen nur die Konzession gemacht, den bestehenden Zolltarif nicht antasten zu wollen. Entspricht, wie wir nicht bezweifeln wollen, diese Nachricht der wirklichen Sachlage, so möchten wir den Liberalen jenes Kreises allerdings den Rath geben, ihre Stimmen insgesammt auf diesen Kandidaten zu vereinigen, damit der 1874 verloren gegangene Wahlkreis im ersten Anlaufe den Polen wieder entrissen werde.

Im dritten Wahlkreise: Bomst-Meseritz, steht wiederum, wie früher, Freiherr v. Unruhe-Bomst (freikonservativ) dem Propst Röhr (ultramontan) gegenüber. Der Sieg des deutschen Kandidaten dürfte kaum gefährdet sein; ein Liberaler ist dort überhaupt nicht in Frage gekommen.

Im vierten Wahlkreise Kosten-Buk unterlag bei den vorigen Wahlen Rittergutsbesitzer v. Delhaes auf Borowko (konservativ) gegen Rentier Magdzinski aus Bromberg. Für die jetzigen Wahlen ist uns bis jetzt nur ein polnischer Kandidat, Graf Żółtowski, genannt, welcher mit Rücksicht auf die Ultramontanen des Wahlkreises von dem polnischen Komite an die Stelle des vorigen, nicht-ultramontanen Kandidaten gesetzt wurde.

Im fünften Wahlkreise Kröben tritt dem polnischen Kandidaten Kasimir v. Chlapowski, welcher für dort an Stelle des Fürsten Czartoryski nominirt worden ist, der freikonservative Rittergutsbesitzer v. Langendorff-Kawitsch entgegen. Ueber die dort vorhandenen Chancen ist uns nichts Näheres mitgetheilt.

Der sechste Wahlkreis Fraustadt, wo das vorige Mal der jetzige Unterstaatssekretär zu Straßburg i. E. v. Puttkamer über den Polen Stanislaus v. Chlapowski siegte, zeigt diesmal in Folge der veränderten inneren Politik der Regierung eine Dreispaltung. Dem Polen v. Chlapowski und dem den Konservativen zuzuzählenden Kandidaten von Puttkamer ist als liberaler Kandidat Stadtrath Witt-Charlottenburg (Sezessionist) gegenübergestellt worden. Es wird dort also ohne Zweifel zu einer Stichwahl kommen und hängt die Erhaltung des Wahlkreises für die Deutschen davon ab, daß bei der engeren Wahl die deutsche Minorität ausnahmslos die patriotische Selbstverleugnung übt, für den Kandidaten der deutschen Majorität zu stimmen. Der ungeschickte Versuch der Konservativen, dem Wahlkreise schon jetzt durch Ueberrumpelung einen Konservativen (v. Kennemann-Klenka) als gemeinsamen deutschen Kandidaten zu oktroyiren, hat zuerst zu Spaltung und gegenseitigen Rekriminationen und in Folge davon zur Aufstellung von zwei deutschen Kandidaten geführt. Der Wahlkreis war seit 1871 ununterbrochen in deutschem Besitze; diesmal ist der Ausgang dank dem Vorgehen der Konservativen fraglich geworden.

Aus dem siebenten Wahlkreise: Schrimm-Schroda, wo das vorige Mal Minister Falk gegen den Polen von Komierowski auf Niezychowo unterlegen, ist uns diesmal nur ein polnischer Kandidat, der oben bereits erwähnte, genannt worden. Dort, wie in Kosten-Buk und den anderen für die Deutschen aussichtslosen Wahlkreisen sollten sich diese aber unter keinen Umständen abhalten lassen, Zählkandidaten aufzustellen. Wir haben gestern und früher schon ausführlich dargethan, daß die Gesammtzahl der Wahlstimmen, ganz abgesehen von den durchgebrachten Kandidaten, an und für sich schon eine große Bedeutung für die Stärkeschätzung der Parteien und der Nationalitäten hat.

Im achten Wahlkreis: Wreschen-Pleschen, kandidirt der aus dem vierten dorthin verpflanzte Pole Magdzinski. Als deutscher Zählkandidat fungirte dort bei den

---

Schnur großer, geschliffener Perlen, seltener eine solche aus Seidenpassementerie, während jede andere Garnitur aus Stoff oder Band unterbleibt, um die Eleganz des Grundstoffes nicht zu beeinträchtigen. Originell erscheinen solche Hüte bunt geflockt oder in abschattirter Färbung; sie werden meist durch buntschillernde Federstutze vervollständigt und mit Agraffen von Thieren oder Thierköpfen aus Metall oder Chenille geschmückt. Wir sahen Eidechsen und Schnecken aus Chenille, wohl 4—6 Zentimeter lang, Schildkröten und Spinnen aus Metall, nicht minder groß, oder Eulenköpfe als Agraffen verwendet. Beliebt sind ferner Plüschfilzhüte, bei denen der Kopftheil und die Innenseite der aufgeschlagenen Krempe verschieden gefärbt wurden; die meist heller getönte Krempe überzieht man zuweilen mit einem losen Geflecht aus dunklerer Seidenschnur oder dem nun einmal für die mannichfachsten Verwendungen beliebtesten Material, der Chenille. Aehnlich dem Plüschfilz wirken zierliche Toques, deren Petinetteform mit kräftigen Chenillecordeln bekleidet ist, die spiralartig von dem Mittelpunkt des Kopftheils ausgehen und diesen sowie den Rand desselben, dicht bei einander aufgesetzt, bekleiden. Glatte Filzhüte, die auch im Handel mit eingearbeiteter Federkrempe aus sammetweichem Flaum vorkommen, werden mit Plüsch und Sammet überreich garnirt, letzterer, zumal die Hutkrempe, häufig in Kräuselung aufgesetzt, Moiréeschleifen und Federn dienen zur Ergänzung. Neu und eigenartig wirkt ein buntfarbenes, etwa 6—8 Zentimeter breites Seidenband, welches gewunden, bandeauartig die großen Hüte mit aufgeschlagener Krempe innen garnirt, wie ein Käppchen sich dem Scheitel anschließt und rückwärts in langen Schlupfen und Enden herniederfällt. Viel Beifall finden wiederum die kleinen Filzhütchen mit abstehender schmaler Krempe, wie sie von Herren getragen werden, jungen, hübschen Gesichtern verleihen dieselben einen besonderen Reiz und eignen sich vorzüglich im Verein mit anschließendem Paletot, bei welchem unsere Damenwelt ebenfalls gern den Herrenüberziehern ähnliche Schnitte wählt, für eine bei allen Einzelheiten in der Farbe übereinstimmende Straßentoilette.

Die Röcke der Kleider, fußfrei geschnitten, scheinen noch immer knapper werden zu wollen; 1 Meter 90 Centimeter ist die größte zulässige Weite. Der Rock an sich, häufig nur aus Futterstoff gearbeitet, und bis zur Kniehöhe durch Gazeeinlage gesteift, ist eben nur die Grundform, welche mit Puffen, Rüschen, Stoffdrapirungen versehen, erst den Charakter der modernen Toiletten an sich trägt. Zu den Taillen mit oder ohne Gürtel zeigt der Rock oftmals eine panierartige, um die Hüften sich aufbauschende Drapirung, auch werden lange, vorn auseinandertretende Ueberkleider gern wieder hoch und kurz gerafft, über einem Rock, der bis oben hinauf auf das Reichste garnirt ist. Beliebt sind übereinanderfallende, etwa nur drei Finger breite, flach plissirte Streifen, welche in leichter Kräuselung Einen über dem Anderen, den Rock ringsherum, bis zum Gürtel hinauf, garniren — so erscheint das Arrangement der mit leicht gerefften Stofftheilen garnirten Hinterbahn in seiner Herrschaft verdrängt und durch eine riesenhafte Schleife ersetzt, welche, fast bis zum Saum reichend, in bis 40 Centimeter breite Schlupfen und Enden rückwärts von der kurzen Schnebbentaille herniederfällt. Die Puffen und Volants der Röcke durch fast glatt aufgesetzte, auslanguettirte, oft tief ausgezackte Streifen in englischer Stickerei zu unterbrechen, ist hochmodern. Seidene sowohl wie kostbarere Wollenkostüme zeigen solche Stickereien, oft mehrere Hände breit, zuweilen mit ganz bunter Seide oder in abstechender Farbe gearbeitet, häufiger jedoch in der Farbe des Kleiderstoffes selbst. Gleiche Stickerei vervollständigt die Taillen durch Kragen, Aufschläge und latzartige Einsätze. Während für das Promenadenkostüm vielfach das einfarbige Tuchkleid gewählt wird oder tuchartige Stoffe, wie jenes gediegene, starke Gespinnst „home spun" genannt, und diese Toiletten häufig mit einem langen redingote mit à la tailleur angesetzten Schoßtheilen gefertigt erscheinen, entfalten im Salon die kostbareren Stoffe: satin merveilleux, Brokat, Damast, Surah, Foulard, ihre Farbenpracht, obenan, als modernste Stoffe der Saison stehen Moirée antique und crèpe de chine. Letzterer wetteifert mit brochirtem, weißem Mull als beliebtes Material zu Ueberkleidern, die zu reich garnirten Röcken aus Foulard oder Surah getragen werden. Der eng anschließende, halblange Aermel im Verein mit eckigem Taillenausschnitt paßt besonders zu panierartig drapirten Kleidern, obgleich die Mode sich von keinem Stil beherrschen lassen mag und das Genre Rokoko geschickt mit dem gepufften oder geschlitzten altdeutschen und venezianischen Aermel zu vereinen versteht, wohl auch noch dem Ganzen den gesteiften Spitzenkragen beigesellt. Der, ob lang oder kurz, immer enganliegende Aermel hat seine vordem ausschließliche Herrschaft zum Theil eingebüßt. Bei den Straßenkostümen allein ist er noch im Gebrauch, höchstens, daß man versucht, ihn oben an der Schulter etwas hoch- und abstehend zu gestalten, wobei man zur Stütze eine wattirte Form einfügt, doch bei den Gesellschaftstrachten zeigt die Aermel die schon angedeuteten Variationen. Im Salon entfaltet sich überhaupt mehr denn je das bunteste Bild, nicht nur in Bezug auf Farben, als besonders in Betreff der Schnitte der Roben. Die junge Damenwelt giebt fußfreien Kostümen den Vorzug, den runden Rock erfordert das Kostüm im Genre Watteau, auch eignet er sich vorzugsweise für Toiletten aus duftigen Stoffen — das schwere Seidenkostüm wird jedoch stets seinen Reiz in der langen Schleppe entfalten. Diese Schleppe wird gern in Art der Kur-Roben, über einem abstechenden Unterkleid, aus dem Stoff der Taille hergestellt, oft im Anschluß an dieselbe geschnitten, wie ein zurückgeschlagener Rock arrangirt, und die entstehenden Bauschen durch Agraffen oder Blumentuffs gehalten. Die eckig und tief ausgeschnittene Taille ist mit Spitzen ausgestattet, die von Gold- oder Silberfäden durchwebt, die italienische Guipüre nachahmen. Der Vorliebe für bunt oder mit Metallfäden durchzogene Spitzen, solche wohl auch durch Malerei in ihrer Wirkung gehoben, begegnen wir an den zahllosen Erzeugnissen der Putz- und Weißwaaren-Konfektion. Die Metallfäden aus Tombakmasse trotzen sogar der Wäsche. — Derartig verzierten Spitzen und Stickereien begegnen wir an den großen Klappkragen und Uebermanschetten à la Colbert, aus Batist oder feiner Leinewand gefertigt.

Die Pelerinen zur Vervollständigung einer Theatertoilette wählt man aus leichtem Plüsch mit Seidenfutter, dieselben zeigen einen abstehenden, durch ein Drahtgestell gestützten Kragen, stehen über der Brust etwas auseinander und werden mit durch Schnüre oder Ketten verbundene Agraffen zusammengehalten. Um ein einfacheres Kleid mit geringer Mühe und Kosten zum Gesellschaftskostüm umzugestalten, bedient man sich nicht nur der Spitzenfichus, Kragen, Jabots und Schleifen, sondern auch der Pelerinen aus perlbenähtem, buntfarbenem Seidenstoff mit farbiger Seidenspitze umrandet. Wir sahen pfauenblaue Pelerinen mit rosa Spitzenschmuck, mattblaue mit gelblichen Spitzen, Pelerinen aus filirter Chenille mit Franzen- und Grelotsabschluß finden häufig ihre Ergänzung in auf dem Rock drapirten Filetstreifen aus gleichem Material. In Anlehnung daran versucht man großmaschige, feine Netze aus Chenille wiederum als Haarschmuck einzuführen.

Was die Haarfrisur betrifft, sehen wir den glatten Scheitel und den winzig kleinen griechischen Knoten häufig wieder mit einer volleren Haartracht vertauscht. Die allzu krausen Stirnlocken wird eine Dame von gutem Ton eher vermeiden, sie müßten denn ganz vorzüglich kleiden und aus einer natürlichen Neigung der Haare erwachsen. Wir sehen den Puff- oder Wellenscheitel unter einem hoch am Hinterkopf gebundenen Haarknoten verschwinden, den eine Spange oder ein Diadem umschließt, auch findet die lose Lockenfrisur bei der Jugend wiederum viele Freundinnen, ebenso wie die leicht aufgenommenen bis auf den Nacken herniederfallenden Flechten. N. N.

(Aus der „Nat.-Ztg.")

letzten Wahlen (gegen den jetzt in den vierten Wahlkreis versetzten Grafen Zóltowski) der Landrath Gregorovius; wer jetzt diese Kandidatur vertritt, ist uns unbekannt.

Im neunten und zehnten Wahlkreise: Krotoschin und Adelnau-Schildberg, war das vorige Mal Herr Oberpräsident von Günther gegen die Polen Dr. von Jazdzewski und Fürst Ferd. Radziwill als Kandidat aufgestellt. Die letzteren siegten und treten auch diesmal in den betreffenden Kreisen als Kandidaten auf.

Im Regierungs-Bezirk Bromberg zeigt der Wahlkreis Czarnikau-Kolmar, der elfte, dieselben Kandidaturen wie das vorige Mal. Es stehen sich Probst von Gajowiecki und der deutsch-konservative Landrath von Colmar gegenüber. Bei den vorigen Wahlen siegte der Pole.

Im zwölften Wahlkreise: Wirsitz-Schubin, wo bei den vorigen Wahlen der freikonservative Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg den im Jahre 1877 an die Polen verloren gegangenen deutschen Besitz gegen den Grafen Skorzewski (Polen) zurückeroberte, haben die Konservativen jetzt diesen beiden Kandidaten einen dritten, den konservativen Rittergutsbesitzer v. Willamowitz-Möllendorf, zugesellt. Es wird also im günstigsten Falle zur Stichwahl kommen.

Der dreizehnte Wahlkreis: Bromberg, war bei den vorigen Wahlen aus liberalen Händen in konservative übergegangen. Der Rittergutsbesitzer v. Schenck-Kawenczyn (hochkonservativer Agrarier) hatte gegen den Kreisgerichtsrath Nolte (nationalliberal) und gegen den Polen, Rittergutsbesitzer v. Koczorowski, gesiegt. v. Schenck und v. Koczorowski stehen diesmal dort dem liberalen Gutsbesitzer Hempel gegenüber. Es ist Hoffnung vorhanden, daß der Wahlkreis wieder in liberalen Besitz übergeht.

Aus dem vierzehnten Wahlkreise: Inowrazlaw-Mogilno, wo bei den vorigen Wahlen der deutsche Kandidat Nehring gegen den polnischen Rittergutsbesitzer v. Kurnatowski unterlag, ist bis jetzt nur der Name des letzteren wieder genannt worden.

Im fünfzehnten Wahlkreise endlich: Gnesen-Wongrowitz, wo das vorige Mal Dr. v. Niegolewski gegen Landrath Nollau siegte, steht diesmal gegen den eben genannten deutschen Kandidaten der Pole Dr. Skarzynski im Felde.

Dies das gegenwärtige Wahltableau nach unseren bisherigen Informationen. Es ist kein glänzendes, aber um so mehr dazu angethan, die Deutschen zur äußersten Kraftanstrengung anzuspornen.

r. **Auf den Bahnen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft** macht sich gegenwärtig in Folge des überaus starken Güterverkehrs in einzelnen Verkehrszweigen ein überaus großer Mangel an Fahrzeugen bemerkbar. Ganz besonders empfindlich wird davon die Kohlenbranche betroffen; die hiesigen Kohlenhändler gelangen fast gar nicht zu Vorrath, müssen vielmehr auf die bestellten Kohlen oft recht lange warten. Nach authentischen Mittheilungen werden in den oberschlesischen Kohlenrevieren die meisten Bergwerke gegenwärtig kaum mit der Hälfte der sonstigen Mannschaften betrieben, indem dort sonst die Kohlen, sobald sie aus den Bergwerken gefördert sind, sofort in die Waggons verladen zu werden pflegen, gegenwärtig aber die nöthigen Waggons von der Oberschlesischen Eisenbahn nicht gestellt werden. Bisher hat sich die Oberschlesische Eisenbahn im Herbste, wo von allen Seiten an dieselbe Ansprüche gestellt werden, häufig in der Weise geholfen, daß sie von anderen Bahnen, z. B. von der Ostbahn Waggons geliehen hat; doch hat letztere gegenwärtig keine Waggons disponibel, indem sie, wie man hört, viele derselben an die Ostpreußische Südbahn zu Getreide-Transporten aus Rußland verliehen hat. Jedenfalls wird eine so vorzüglich situirte Eisenbahn, wie die Oberschlesische, nicht umhin können, ihren eigenen Wagenpark angesichts dieser Verhältnisse noch bedeutend zu vermehren, um auch außergewöhnlichen Ansprüchen nach jeder Richtung Genüge leisten zu können. Sie kann solchen Aufwand jedenfalls besser ertragen, als die oberschlesischen Bergleute die oben erwähnte Reduzirung der Arbeit.

— **Zur Wahl im Schubin-Wirsitzer Wahlkreise** schreibt die „Bromb. Ztg.": „Im Schubin-Wirsitzer Wahlkreise verhält sich die Zahl der polnischen Wähler zu der der deutschen wie 9:10. Deshalb haben die Deutschen seit länger als zehn Jahren nur dadurch gesiegt, daß sämmtliche Parteien bei der Aufstellung eines gemäßigt liberalen Kompromiß-Kandidaten einmüthig handelten. Im Jahre 1879 zerstörte die hereinbrechende Reaktion dieses praktisch gute Kompromiß, und der Landrath, welcher damals noch im Stillen agitirte, mußte seinen Irrthum mit der Auslieferung des deutschen Mandats an die Polen bezahlen. Nicht anders geschieht es jetzt. Zwei Landräthe stellen sich ganz offen an die Spitze der Wahlbewegung und glauben die Situation zu beherrschen. Sie verdrängen den am 12. August d. J. mit 2 Drittel Majorität in einer Wahlversammlung acceptirten und wirklich gemäßigt liberalen Kompromiß-Kandidaten von Bethmann-Hollweg-Runow und oktroyiren dem Wahlkörper den Landrath v. Wilamowitz-Möllendorf. Dieser Herr hat nun in einer am 5. d. zu Nakel abgehaltenen Wahlversammlung mit besonderem Nachdruck das Bestreben, einen deutschen Wahlkreis der deutschen Sache zu retten, als ein einziges Motiv seiner Gegenkandidatur bezeichnet. Es wird dieser Gesichtspunkt, bei der sehr geringen Majorität, welche die Deutschen hier überhaupt haben, den Wählern gewiß höchst überraschend gewesen sein. Nachdem das „Bromb. Tagbl" einen Auszug aus der erwähnten Nakeler Rede gebracht hatte, liegt dem genannten Blatt heute ein wahrscheinlich sehr sorgfältig redigirter Redebericht als Flugblatt bei. Es geht daraus in Kurzem hervor, daß Herr v. Wilamowitz „gemäßigt konservativ" ist und sich zu dem Programm des „deutschen Wahlvereins für Bromberg und die benachbarten Kreise" bekennt, daß er mit einem Wort der nächste Nachbar des Herrn v. Schenck-Kawentschin ist. Angesichts dieser Vorgänge machen die Liberalen ganz entschieden Front gegen die öffentliche Wahlbeeinflussung durch die Landräthe, sowie gegen die offizielle Kandidatur des Hrn. v. Wilamowitz. Sie wollen keine Oktroyirung eines Regierungs-Kandidaten und werden von ihrem freien Wahlrecht den vollsten Gebrauch machen. Der ihnen präsentirte offizielle Kandidat v. Wilamowitz bringt die größte Verwirrung in das deutsche Lager und erleichtert den Polen den Sieg. Wenn die Liberalen bei der Kandidatur des Herrn v. Bethmann stehen bleiben und nicht weiter nach links gehen, dann ist es wohl an der Zeit, daß einzelne sogenannte Konservative keine Sondergelüste zeigen und diesen Kandidaten den Polen gegenüber wählen. Wie die Dinge liegen, kommt es voraussichtlich wohl gar nicht zur Stichwahl, sondern der Pole dürfte schon beim ersten Wahlgange siegen. Die Zumuthung, das alte gute Kompromiß aufzugeben und für Herrn v. Wilamowitz einzutreten, weisen die Liberalen „mit aller Entschiedenheit zurück. Scheitert die deutsche Sache am 27. d Mts. so sind die sogenannten Konservativen mit ihren offiziellen Führern an dieser Niederlage schuld."

r. **Eine polnische Wählerversammlung** fand am vorigen Sonntage in Wirsitz statt. In derselben hielt Dr. Komierowski eine Rede über die Thätigkeit der polnischen Reichstagsfraktion. Ganz besonderen Beifall riefen die von ihm gesprochenen Worte hervor: Die polnischen Abgeordneten würden stets gegen die Vergrößerung des Heeres stimmen; er habe niemals in Berlin Bedenken getragen und trage auch jetzt kein Bedenken, es auszusprechen, daß er, als Pole, für das deutsche Heer nicht im Mindesten Sympathien hege. Wir glauben dem geehrten Abgeordneten Letzteres ganz gern; haben doch die Polen bei Beginn des Krieges im Jahre 1870, als irrthümliche Nachrichten über angebliche Siege der Franzosen bei Saarbrücken eintrafen, bereits zu triumphiren angefangen und auch während des ganzen deutsch-französischen Krieges aus ihren Sympathien für die Feinde Deutschlands, die Franzosen, kein Hehl gemacht. Damals, d. h. 1870, gab es aber noch keinen „Kulturkampf", kein Amtssprachengesetz, keine angebliche Vernachlässigung der polnischen Sprache in den Schulen; trotzdem stellen die Polen die Sache stets so dar, als seien sie erst durch alles Dieses zu ihrer feindseligen Stellung gegenüber Allem, was Deutsch ist, getrieben worden!

— **Aus Wronke** erhalten wir folgende Zuschrift: Gestern, 18. Oktober, fand hier eine von etwa 50 bis 60 Vertrauensmännern der konservativen und liberalen Richtung besuchte Versammlung zum Zwecke der Verständigung über eine gemeinsame deutsche Kandidatur im Wahlkreise Birnbaum-Samter-Obornik statt. Vorherige Besprechungen hatten zu dem Ergebniß geführt, daß man sich von konservativer und liberaler Seite auf einen der nationalliberalen Partei angehörigen Kandidaten zu vereinigen geneigt sei. Als solcher war der Redakteur Dr. Friedrich Weber in Berlin in Aussicht genommen. Derselbe war in der gestrigen Versammlung in Wronke anwesend und entwickelte in kurzen Zügen sein auf dem Boden der jüngsten nationalliberalen Kundgebungen stehendes Programm. Unter Anderem sprach sich der Kandidat gegen das Tabaksmonopol, gegen zweijährige Budgetperioden aus, glaubte aber dem Zolltarif eine längere Ruhepause gewähren zu sollen. Eine von israelitischer Seite an ihn gestellte Anfrage beantwortete er zur Zufriedenheit des Interpellanten. Die Versammlung acceptirte schließlich einstimmig die Kandidatur des Dr. Fr. Weber als deutschen Kompromiß-Kandidaten und beschloß in diesem Sinne kräftig zu wirken, um der dringenden Gefahr eines polnischen Wahlsieges vorzubeugen.

— **Aus Ostrowo** erhält die „Kreuztg." folgende Berichtigung:

„Wenn ich auch keine Veranlassung habe, mich über meine Ansichten über die „polnische Agitation" in Oberschlesien in der Presse auszusprechen, so sehe ich mich doch gezwungen, Protest dagegen einzulegen, wenn mir die Worte in den Mund gelegt werden: „jeder Oberschlesier könne sich nur als Deutscher, nicht als Pole fühlen." Ich habe eine solche oder eine ähnliche Aeußerung niemals gebraucht. Edmund Prinz Radziwill, früherer Abgeordneter für Beuthen."

Die polnischen Blätter hatten dem Prinzen wegen der ihm zugeschriebenen Worte Vorwürfe gemacht; jetzt hat er sich wieder als Pole rehabilitirt.

b **Ueber die Schulinspektionsverhältnisse des Regierungsbezirks Posen** verlangt der Unterrichtsminister v. Goßler von der hiesigen kgl. Regierung eine Nachweisung, welche sich auf folgende Punkte zu erstrecken hat: 1. Name und Konfession des Kreisschulinspektors in jedem Schulinspektionskreise, 2. ob derselbe definitiv oder kommissarisch angestellt ist mit event. Angabe seines Hauptamtes, 3. Wohnort des Kreisschulinspektors mit Angabe des Kreises, 4. ungefähre Größe des Bezirks in Hektaren, bei rein städtischen Bezirken die Einwohnerzahl, 5. wieviel Schulorte zum Aufsichtsbezirke gehören, wieviel Schulen und Schulkassen überhaupt, wieviel Stadtschulen und wieviel Landschulen, wieviel evangelische, katholische, jüdische, paritätische, wieviel Privatschulen, 6. wieviel Schulen und Schulklassen sich am Wohnorte des Kreisschulinspektors befinden, 7. wieviel Schulorte über 15 Km. vom Wohnorte des Kreisschulinspektors entfernt sind, 8. wieviel Km. weit der entfernteste Schulort liegt, 9. über wieviel Schulen und Schulklassen der Kreisschulinspektor zugleich die Lokalschulinspektion übt, 10. wieviel besondere Lokalschulinspektoren sich im Kreise befinden, wieviel derselben evangelisch und wieviel katholisch, wieviel evangelische und wieviel katholische Geistliche, wieviel evangelische und wieviel katholische Nichtgeistliche sind.

— **Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen (Freitag) tritt Frl. Schildert in den „Hugenotten" wieder auf, die sonstige Besetzung mit Herrn Erdmann als Raeul, Frl. Wally, Mathes ꝛc. ist dieselbe. Sonnabend, den 29. Oktober geht zu ermäßigten Preisen Götz von Berlichingen in Szene. Sonntag, den 23. Oktober Don Juan.

r. **Der Orchesterverein**, welcher vor Kurzem den Musiklehrer Gürich, den früheren Dirigenten des Vereins, einstimmig wieder zum Dirigenten gewählt hatte, hielt am 18. d. Mts. nach langer Zwischenpause in dem Saale Kl. Gerberstraße 4 seine erste Uebung in der laufenden Wintersaison ab. Es ist damit hoffentlich der Anfang zum Wiederemporblühen des Vereins, welcher in den letzten Jahren von seiner früheren Höhe allmälig herabgesunken war, gemacht worden. Allen denjenigen Musikliebhabern, welche sich im Kammer- und Orchesterspiel ausbilden wollen, ist der Eintritt in diesen Verein, welcher sich die Pflege edler Musik zur Aufgabe gestellt hat, und mit seinen Aufführungen in diesem Winter auch an die Oeffentlichkeit zu treten gedenkt, bestens zu empfehlen. Reflektanten wollen sich an den Vorsitzenden des Vereins wenden.

r. **Das Offizierkorps des Posener Landwehrbataillons** hielt gestern Abends in Mylius Hotel ein gemeinsames Mahl ab, an welchem ca. 30 Offiziere Theil nahmen.

r. **Die städtische Wasserleitung** muß wegen Herstellung einer Rohrverbindung von Freitag, den 21. d. Mts. Abends bis Sonnabend Morgens abgesperrt werden. Die Haushaltungen werden sich demnach für diese Zeit mit dem erforderlichen Wasser zu versehen haben.

r. **Auswanderer.** Gestern trafen ca. 40 Personen aus der Provinz hier ein, welche ihre Reise zur Auswanderung nach Amerika fortsetzten; es waren dies meistens Frauen und Kinder polnischer ländlicher Arbeiter, welche im Frühlinge d. J. ausgewandert waren und nun ihre Familie nachkommen ließen.

r. **Ein Pflegekind.** Aus der verschlossenen Wohnstube eines Arbeiters auf der Fischerei ertönte gestern ein andauerndes klägliches Kindergeschrei, so daß die Nachbaren endlich die Oeffnung der Stubenthür veranlaßten. Es ergab sich nun, daß sich in dem Zimmer ein 4jähriges Pflegekind befand, welches von dem Arbeiter, dessen Frau vor einiger Zeit davongelaufen war, dort zurückgelassen worden war. Das Geschrei des armen Kindes war von Hunger erpreßt. Da sich der Arbeiter auch nicht wieder eingestellt hat, so ist das Kind bei anderen Pflegeeltern, die hoffentlich besser für dasselbe sorgen werden, untergebracht worden.

♄ **Birnbaum,** 19. Oktbr. [Lehrer Partuschke †.] Am Sonnabend starb der hiesige Lehrer und Organist Partuschke in Folge eines vor ca. 4 Wochen gehabten Blutsturzes im Alter von 65 Jahren. Er wurde in Köben, einem Städtchen Schlesiens, geboren. Seinen Vater verlor er schon in seinem 14. Lebensjahre. Dennoch fand er Gelegenheit, seine schon im frühen Kindesalter hervorgetretenen geistigen Anlagen im Lehrerseminar zu Breslau auszubilden, um sich dort als Lehrer vorzubereiten. Seine erste Anstellung erhielt er in Fraustadt, von da wurde er nach Ratzow versetzt und im Jahre 1846 an die hiesige Simultanschule berufen. Hier war es ihm vergönnt, seine musikalischen Kenntnisse in Kirchenkonzerten ꝛc. zur Geltung zu bringen und sich bei seinen Mitbürgern und Schülern sehr beliebt zu machen, was die Theilnahme an seinem gestrigen Begräbnisse deutlich bezeugte. Nachmittags 3 Uhr versamelten sich die Schulkinder aus den 8 Klassen der hiesigen Simultanschule, der hiesige Landwehrverein, dem er als Vorstandsmitglied angehörte, der Männergesangverein, dem er viele Jahre als Dirigent vorstand, sowie zahlreiche Einwohner der hiesigen Stadt und sämmtliche Lehrer aus der nächsten Umgebung vor dem Schulhause in der Wronkerstraße. Unter Absingung des Liedes: „Wer weiß, wie nahe mir mein Ende" bewegte sich der lange Trauerzug nach der Kirche. Hier verlas Oberprediger Hensel zunächst den Psalm 130 über Vergebung der Sünden und Psalm 90 von des menschlichen Lebens Hinfälligkeit. Nachdem hierauf vom hiesigen Männergesangverein der Gesang: „Rasch tritt der Tod den Menschen an", vorgetragen worden, hielt der Prediger die Trauerrede unter Zugrundelegung des Psalmes 113 von der Gnade Gottes und nun bewegte sich der Zug, nachdem von der Stadtkapelle: „Jesus meine Zuversicht" angestimmt war, nach dem Friedhofe, woselbst Prediger Radtke das übliche Grabgebet sprach und von den Kindern der ersten Mädchen- und Knabenklasse „Auferstehn, ja auferstehn" gesungen wurde.

╳╳ **Kosten,** 19. Oktober. [Abschaffung gefährlicher Ofenvorrichtungen. Personalien.] Der hiesige Landrath macht im Kostener Kreisblatt die Hausbesitzer darauf aufmerksam, daß, da in wohl nicht zu ferner Zeit eine Polizei-Verordnung wegen Beseitigung gefährlicher Ofenvorrichtungen erlassen wird, es wohl rathsam sei, schon jetzt nicht nur vorhandene Ofenklappen zu beseitigen, sondern auch neue Ofenklappen nicht mehr anzubringen, um so dem Unglück, welches durch frühzeitiges Schließen der Ofenklappen in den Wohn- und Schlafzimmern sehr leicht herbeigeführt werden könnte, entgegenzutreten. Namentlich sind auch die Magisträte und Distrikts-Kommissarien angewiesen, durch persönliche Revisionen, namentlich in Gasthäusern, in welchen Fremde übernachten, event. unter Anwendung von Exekutivmaßregeln dahin zu wirken, daß dergleichen gefährliche Ofenvorrichtungen beseitigt werden. Auch sind die Lehrer ersucht worden, von der Gefährlichkeit des vorzeitigen Verschlusses der Ofenklappen die Schulkinder eindringlich zu belehren. — Die Wahl des Wirthes Martin Kasperek zum Schulzen und Ortssteuer-Erheber und der Wirthe Franz Lakomy und Johann Strózyk zu Gemeindeältesten hat die Bestätigung des Landrathsamts erhalten.

.—r. **Wollstein,** 19. Oktober. [Privat-Knabenschule. Kaiser Wilhelms- und Kaiserin Augusta-Fonds.] Die hier seit einer Reihe von Jahren unter der Leitung des Kandidaten der Philologie Herrn Dähne stehende Privat-Knabenschule ist fortwährend bestrebt, das ihr gesteckte Ziel, die Vorbereitung nach der Tertia eines Gymnasiums, zu erreichen. So entließ sie zu Ostern d. J. einen Schüler nach der Unter-Tertia des Marien-Gymnasiums zu Posen und zu Michaelis d. J. entließ sie zwei Knaben, von denen einer ebenfalls in die Unter-Tertia des Marien-Gymnasiums zu Posen und der andere in die Unter-Tertia des Gymnasiums zu Züllichau aufgenommen wurde. Es ist dringend zu wünschen, daß die Privatschule sich so lange hier erhalte, bis die projektirte höhere Kommunal-Knabenschule in's Leben gerufen sein wird. — Der Fonds der Kaiser Wilhelms- und Kaiserin Augusta-Stiftung im hiesigen Kreise betrug am 31. März 1880 1329,46 M. Im Etatsjahre 1880/81 sind hinzugekommen an Zuwendungen 23,35 M. und an Zinsen 53,66 M., so daß der Fonds bei Beginn des laufenden Rechnungsjahres sich auf 14^6,47 M. belief.

△ **Bomst,** 19. Okt. [Kriegerverein. Geburtstag des Kronprinzen. Kartoffel-Ernte. Sturm.] Am Sonntag den 16. d. M. hatte der hiesige Kriegerverein zum Andenken an die Schlacht bei Sedan sowie zur Vorfeier des Geburtstages des Kronprinzen sein alljährlich zu feierndes Fest begangen. Da die Witterung den durch den Verein beschlossenen Ausmarsch nicht erlaubte, so fand zur Feier dieses Tages in dem hiesigen Schützenhause ein Prämienschießen statt, bei welchem 57 Gewinne, bestehend in Porzellan und Glaswaaren, zur Vertheilung kamen, statt. Die Königswürde und erste Prämie erhielt der Maurer Ließ von hier. — Gestern war aus Anlaß des Geburtstages des Kronprinzen die Stadt beflaggt. — Die Kartoffelernte, welche bei den kleineren Besitzern in hiesiger Gegend bereits beendet ist, hat in Qualität und Quantität ein recht befriedigendes Resultat ergeben: auf den größeren Dominien ist dieselbe wohl noch im Rückstande, da Arbeitskräfte, wenn auch erhöhte Arbeitslöhne gewährt werden, nicht zu erlangen sind. Bis jetzt sind auf dem hiesigen Bahnhofe nach der Stärkefabrik Küstrin ca. 2000 Zentner Dabersche Kartoffeln zur Verladung gelangt, wofür pro Zentner 1,50 M. gezahlt wurden. — Der in der Nacht vom 14. bis zum 15. dieses Monats Abends herrschende Sturm hat auch in dem Forste des Landraths Freihern von Unruhe-Bomst großen Schaden angerichtet. Es wurden die schönsten und stärksten Bäume entwurzelt. Hauptsächlich wurde das Revier Unruhe-Aue sehr in Mitleidenschaft gezogen.

♂ **Pinne,** 19. Okt. [Einführung.] Die durch das Ableben des Lehrers Cohn erledigte erste Lehrerstelle an der hiesigen jüdischen Elementarschule, welche etwa 30 Jahr von demselben verwaltet wurde, ist durch die Wahl des Lehrers Porasch aus Santomischel wieder besetzt und ist derselbe heute durch den Lokalschulinspektor Herrn Pastor Hartnik aus Ociesžkowo, im Beisein des gesammten Schulvorstandes in üblicher Weise eingeführt worden. Die Schule war in der Verwaltung des Verstorbenen im wahren Sinne des Wortes eine Musterschule, wir wollen hoffen, daß es dem Herrn Porasch gelingen wird, solche auf derselben Höhe zu erhalten.

╳╳ **Nakel,** 19. Oktober. [Jahrmarkt. Zur Ernte. Wegebauten.] Der heutige vom Wetter nicht sehr begünstigte Jahrmarkt war ziemlich besucht. Namentlich war der Viehmarkt stark besetzt, da wegen Futtermangel ein jeder den Viehstand zu verringern sucht. Käufer fanden sich indeß nur wenig, weshalb man mit 90 Mark schon Kühe kaufen konnte, die im Frühjahr über 150 Mark kosteten. Auswärtige Händler hielten sich sehr reservirt und nahmen circa 30 Stück junge Kühe zum Durchschnittspreise von 90 bis 100 Mark aus dem Markte. In Pferden war das Geschäft noch geringer und sah man nur äußerst selten ein Geschäft abschließen. Auch in Fohlen wurde nur wenig gehandelt, der Auftrieb davon war auch nur schwach. — Die Kartoffelernte wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, da es auf vielen Stellen an Arbeitskraft fehlt und man mit der gewöhnlichen Arbeiterzahl sich behelfen muß. Die Kartoffeln sind gesund und auch ziemlich lohnend. Nach dem letzten feuchten und gelindern Wetter haben sich die Wintersaaten, welche noch etwas zurück waren, ziemlich erholt und ein frisches Grün bekommen. Das Ausnehmen der Zuckerrüben ist auch noch nicht beendet und wird noch 8 Tage in Anspruch nehmen. Dieselben sind gut und sollen 14 pCt. Zuckergehalt haben. Im Laufe des nächsten Monats wird unsere Zuckerfabrik in Betrieb gesetzt werden. Die letzte Einzahlung mit 25 pCt. ist auch bereits zur Erhebung gekommen, so daß die Aktien jetzt voll bezahlt sind. — Mit dem Bau von Sommer-Chausseen aus den nächsten Ortschaften hat man nun den Anfang gemacht und soll im Laufe dieses Winters eine solche von hier nach der Ortschaft Werthheim gebaut werden, wozu die betheiligten Gemeinden die Hälfte, die andere Hälfte aus Provinzialmitteln hergegeben wird. Da sich die Besitzer an der Lieferung von Sand, Kies und Steinen zu den Chausseen betheiligen können, fällt ihnen der Bau nicht schwer und ist auch mit erheblichen Kosten deshalb nicht verknüpft.

╳ **Gnesen,** 19. Oktober. [Stiftungsfest. Vakanz. Berichtigung.] Der hiesige Landwehrverein feierte gestern gleichzeitig zur festlichen Begehung des Geburtstages unseres Kronprinzen sein diesjähriges Stiftungsfest. Die Feier wurde durch eine Theater-Vorstellung, welche die hier gastirende Hoffmann'sche Schauspielgesellschaft im Theatersaal des Hotel de l'Europe gab, eröffnet. Die Fortsetzung der Feier bildete ein solennes Tanzvergnügen, welches nur durch die von Major Baier gehaltene Festrede auf kurze Zeit unterbrochen wurde. Erst in früher Morgenstunde erreichte die Feier ihr Ende. — Durch den Tod des Pfarrers Fließ ist die zweite Predigerstelle an unserer

evangelischen Kirche erledigt; die Wiederbesetzung soll sobald wie möglich geschehen, da eine Vertretung durch Geistliche aus benachbarten Parochien insofern mit Schwierigkeiten verbunden ist, als dort Filialen bestehen, deren Mitverwaltung die volle Thätigkeit eines Predigers in Anspruch nehmen. — Die Notiz über die Beerdigungsfeier des Herrn Pfarrers Fließ enthielt zwei Ungenauigkeiten. Zunächst hat die Trauerfeierlichkeit in der Kirche nicht am Tage vor dem Begräbnisse, sondern am Beerdigungstage selbst unmittelbar vor dem Gange nach dem Friedhofe stattgefunden, während die Leiche selbst allerdings am Vorabend in das Gotteshaus gebracht worden ist. Zweitens ist Herr Fließ nur 17 Jahre lang Rektor unserer Stadtschule gewesen, während er in den letzten 10 Jahren lediglich dem Predigeramt obgelegen hat.

× **Gnesen,** 20. Oktober. [Polizei-Verordnung. Generalversammlung des Posener Müllerverbandes. Zwei aufgefundene Leichen.] Unsere städtische Polizei-Verwaltung hat unter dem 1. d. Mts. auf Grund des § 5 des Polizei-Gesetzes vom 11. März 1850 im Einverständniß mit dem Magistrat für den Polizeibezirk der Stadt Gnesen eine Verordnung erlassen, nach welcher vom 1. November ab im Handel und Marktverkehr der Verkauf von Fischen, Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl aus Weizen, Roggen und anderen Brotfrüchten, sowie Stärkemehl aus Katoffeln und Getreide, Stroh und Heu nur nach Gewicht, der Verkauf von Gemüse jeder Art, Obst und sonstigen Lebensmitteln nur nach Stückzahl oder Gewicht unter Ausschluß aller Hohlmaaße stattfinden darf. Uebertretungen werden mit Geldbuße bis zu 9 M. event. mit entsprechender Haft bestraft. — Der Posener Müllerverband wird am 24. d. M. hierselbst im Hotel de l'Europe die diesjährige Generalversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung steht unter mehreren anderen Positionen über Vereinsangelegenheiten als besonders beachtenswerth ein Vortrag des Herrn Jos. van der Wyngaert über die Londoner Müllerei-Ausstellung und sonstige Erscheinungen auf technischem Gebiet. Nach Schluß der Versammlung ist ein gemeinschaftliches Essen in Aussicht genommen. Anmeldungen zur Theilnahme an demselben sind bei dem Dampfmühlen-Besitzer Herrn Kratochwill hier anzubringen. — Vorgestern früh wurde auf der Treppe der Frau Z. neben der Post der Arbeiter Valentin Swierzynski, ein arbeitsscheues, dem Trunke ergebenes Individuum, als Leiche aufgefunden. In Ermangelung eines Nachtlagers hatte er sich wahrscheinlich im trunkenen Zustande auf die Treppe gesetzt und hat dort sein Ende gefunden. — Im Pferdestalle des Herrn Jacobinski in der Warschauerstraße wurde gestern früh die Leiche des in der Stadt sehr bekannten Arbeitsmannes Scheuermann aufgefunden. Vor etwa drei Jahren war demselben eine ziemlich bedeutende Erbschaft von seinem in Posen verstorbenen Bruder zugefallen, die er jedoch in wenigen Monaten verjubelt hatte.

§ **Wreschen,** 19. Oktbr. [Kirchenvisitation. Geburtstag des Kronprinzen. Zur Reichstagswahl.] Am vergangenen Sonntag hielt der Superintendent Herr Klette aus Posen in hiesiger Parochie vor zahlreich versammelter Gemeinde eine Kirchenvisitation ab. Nach einer Predigt des hiesigen Pfarrers Herrn Schramm und einer längeren Prüfung der Konfirmirten der letzten drei Jahre hielt Herr Superintendent Klette eine Ansprache an die Gemeinde. Nachmittags wurden die evangelischen Kinder der hiesigen Landschulen in der hiesigen evangelischen Kirche und gestern die der Stadtschulen in der Religion geprüft. — Der Geburtstag des Kronprinzen wurde gestern von dem hiesigen Landwehrverein in den festlich geschmückten Räumen des Plucinski'schen Hotels auf das Glänzendste gefeiert. Nachdem das Vorstandsmitglied, Herr Bauinspektor Bake, das Hoch auf Se. Maj. den Kaiser ausgebracht hatte, hielt der Kreisphysikus Herr Dr. Paradies die Festrede, welche mit einem Hoch auf den Kronprinzen schloß. Sodann wurden von Sängern des Landwehrvereins einige patriotische und launige Gesänge vorgetragen, welche von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurden. Durch patriotische und komische Vorträge von einzelnen Kameraden des Landwehrvereins wurden die Mitglieder so gefesselt, daß sie noch bis zur späten Abendstunde in heiterer Stimmung beim Glase Bairisch verweilten. — Von den hiesigen deutschen Wählern ist der hiesige Landrath Freiherr v. Seidlitz als Reichstagsabgeordneter für den deutschen Reichstag aufgestellt worden.

II **Bromberg,** 19. Oktober. [Ertrunken. Zurückgekehrte Auswanderer.] Gestern Abend verließ die Frau Rentiere Schwartz ihre in der Bahnhofsstraße belegene Wohnung, um, wie sie ihren Kindern sagte, Einkäufe für den Abendtisch zu besorgen. Von diesem Ausgange ist dieselbe nicht mehr nach Hause zurückgekehrt, dagegen ist die Leiche derselben in der Brahe unterhalb der Victoriabrücke unter Flußholz, welches daselbst lagerte, gefunden worden. Spuren äußerer Verletzungen sind an dem Körper der Frau S. nicht vorgefunden worden, ebenso wird auch nichts von den Gegenständen vermißt, welche sie bei ihrem Weggange mitgenommen hat, so daß die Annahme, dieselbe habe sich selbst durch Ertränken das Leben genommen, zweifellos ist. Die Unglückliche ist die Wittwe eines in Berlin verstorbenen Kaufmanns und vor drei Jahren mit drei unmündigen Kindern nach hierher verzogen. Aeußerungen, welche sie zu den Wirthsleuten machte, daß ihr Geld nun bald verzehrt sei und sie dann nicht wisse, was sie anfangen werde, lassen darauf schließen, daß sich dieselbe schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken trug, sich das Leben zu nehmen. — Die Auswanderungslust nach Amerika hat hier immer noch nicht nachgelassen, erst dieser Tage haben wiederum mehrere Familien von hier und aus den benachbarten Ortschaften Okollo und Schleusenau die Reise über das Meer angetreten. Andererseits sind aber auch wieder einige Personen, darunter ein Schuhmacher aus Gr. Bartelsee, welcher im Frühjahr vom Auswanderungsfieber erfaßt nach Amerika gingen, von dort zurückgekehrt. Ihre Schilderungen von den dortigen Verhältnissen sind natürlich jetzt derart, daß Jedermann die Lust verlieren muß, sein engeres Vaterland hier zu verlassen und sein ungewisses Glück jenseits des Oceans zu suchen.

** **Bromberg,** 19. Oktober. [Die hiesige Provinzial-Blinden-Anstalt] hat es sich zu ihrer Hauptaufgabe gemacht die ihr anvertrauten jugendlichen und erwachsenen Blinden unserer Provinz durch Gewöhnung und Erziehung zu ernster Erwerbsarbeit zu brauchbaren und nützlichen Gliedern des bürgerlichen Lebens heranzubilden, d. h. also sie erwerbsfähig zu machen. Inwieweit die Anstalt dieses Ziel bisher erreicht, dafür können die draußenstehenden blinden Handwerker erfreuliche Beweise liefern. Die Anstalt hat als für unsere Blinden besonders geeignet bisher die Korbmacherei, Bürstenmacherei und für die weiblichen Blinden die Strickerei und resp. auch das Bürstenmachen Gegenstände der gewerblichen Ausbildung sein lassen. Es können in Folge dessen alle in jene Erwerbszweige schlagenden Artikel geliefert werden und zwar: Reise-, Wäsche-, Holz-, Markt-, Strick-, Kartoffel-, Kohlenkörbe 2c. 2c., Strohmatten in allen Größen, Rohrgeflechte 2c., ferner: Kleider-, Schuh-, Scheuerbürsten, Schrobber, Haarbesen, Handfeger, Kardätschen, Mähnenbürsten 2c. 2c. und endlich Stricksachen aller Art: Unterröcke für Damen und Kinder, Taillentücher, Fanchons, Kravatten, Pulswärmer, Kinderschuhe, Börse in Zwirn und Seide mit Perlen für Damen und Herren, Faust- und Fingerhandschuhe, Netze, Strümpfe, Socken 2c. 2c. Jede Bestellung anderer in diese Fächer gehörigen Artikel wird schnell und korrekt nach Wunsch von der Anstalt effektuirt. Für die Haltbarkeit und Brauchbarkeit der Fabrikate der Blinden spricht die auf der hiesigen Gewerbe-Ausstellung 1880 erhaltene „Anerkennung der verdienstvollen Leistungen." Die Anstalt selbst macht nun aus den Arbeiten ihrer Zöglinge keineswegs ein Geschäft; sondern der geringe Verdienst, welcher dem Selbstkostenpreise hinzugeschlagen wird, kommt nur den Zöglingen zu Gute und wird denselben in Sparkassenbüchern angelegt, damit ihnen nach ihrer Entlassung aus dem Institute zur ersten Einrichtung ihrer Werkstätte in der Heimath die erforderliche Summe zu Gebote steht. Durch die Entnahme der genannten Fabrikate, welche begreiflicherweise billiger und besser abgegeben werden können, haben die Käufer nicht nur einen eigenen Vortheil, sondern unterstützen damit gleichzeitig die armen arbeitsfreudigen blinden Mitmenschen auf eine stille, aber die humanste Weise.

Zur Wahlbewegung.

In Lauenburg passiren wunderbare Dinge. Nachdem alle Mittel der Verketzerung und des polizeilichen Druckes sich als ungeeignet erwiesen haben, die liberalen Führer Berling und Westphal in den Augen ihrer Landsleute zu diskreditiren, wird jetzt ein Versuch gemacht, den liberalen Wählern das Wählen möglichst zu erschweren. Bekanntlich soll nach dem Wahlreglement vom 28. Mai 1870 jede Ortschaft der Regel nach einen Wahlbezirk bilden. Dieser gesetzlichen Vorschrift gemäß war der Lauenburger Kreis bisher in 101 Wahlbezirke getheilt. Jetzt ist vor einigen Tagen eine landräthliche Bekanntmachung erschienen, welche eine neue Abgrenzung der ländlichen Wahlbezirke anordnet und bestimmt, daß in Zukunft nur in 60 Ortschaften gewählt werden soll, und dazu sind keineswegs immer die größern Ortschaften ausersehen, sondern große Ortschaften, welche bisher den Wahlort bildeten, sind mit kleineren vereinigt und letztere bilden den Wahlort. So ist in einer ganzen Reihe von Fällen verfahren, ja man hat freie Dörfer mit Gutsbezirken vereinigt. Die Tendenz dieser ganzen Maßnahme wird um so klarer, wenn man erfährt, daß insbesondere solche Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt sind, welche bisher stets liberal gewählt haben.

Staatsminister a. D. v. Bernuth erstattete am Sonntag in Halberstadt seinen Wählern parlamentarischen Bericht, indem er zugleich auch auf die Vorlagen, die angeblich den künftigen Reichstag beschäftigen sollen, einging. Er erklärte, wie früher Gegner des Tabaksmonopols und aller Staatsmonopole zu sein; man solle der Tabaksbranche endlich Ruhe gönnen und sie verschonen mit der nochmaligen Erhöhung der Tabakszölle und dem Monopol. In der Altersversorgung kehre der Gedanke des Staatszuschusses vollständig wieder; die Sache bleibe dieselbe, auch wenn man sie so wende, wie kürzlich Herr v. Rauchhaupt gethan, der vorgeschlagen hatte, daß die Altersversorgung nicht im Wege der monopolistischen Staats-Versicherung, sondern durch kommunale Verbände mit Staatshilfe erfolgen solle. Man theilt der „Voss. Ztg." mit, daß bei der nach der Rede des Herrn v. Bernuth gebildeten Konstituirung eines Komites zur Agitation für die Wahl des Genannten ein dortiger Oberlehrer erklärt hat, er könne die Wahl in das Komite nicht annehmen, weil nach einem Reskripte der Regierung es den Lehrern verboten sei, sich an Wahlagitationen zu betheiligen. Bis jetzt ist nur das Reskript der düsseldorfer Regierung bekannt geworden, wonach den Lehrern untersagt wird, sich an „regierungsfeindlichen" Wahlagitationen zu betheiligen. Der betreffende Oberlehrer geht aber wohl nicht fehl, wenn er annimmt, daß für unsere gegenwärtige Staatsleitung die Begriffe „regierungsfeindlich" und „liberal" sich decken.

Aus dem Gerichtssaal.

△ **Posen,** 15. Oktober. [Schwurgericht. Meineid Brandstiftung.] Gestern kam außer den beiden Strafsachen, über die schon berichtet, noch die Sache gegen den Wirth Jakob Janiszczak aus Splawie wegen wissentlichen Meineides zur Verhandlung. Der Handelsmann Leib Kendziora aus Schwersenz hatte im Herbst vorigen Jahres gegen den Angeklagten auf Grund eines Wechsels einen Zahlungsbefehl in Höhe von 38 M. extrahirt. Der Angeklagte hatte gegen denselben keinen Widerspruch erhoben und war er deshalb rechtskräftig geworden. Der Angeklagte denunzirte jedoch den Handelsmann Kendziora wegen Betruges mit der Behauptung, daß er seinem genannten Gläubiger niemals einen Wechsel über 38 M. ausgestellt habe. Leib Kendziora habe zur Zeit von ihm nur einen Wechsel über 15 M., auf den er 12 M. erhalten, in Händen gehabt. Zur Erwirkung einer wahrheitsgemäßen Aussage wurde der Angeklagte am 11. März d. J. von dem zuständigen Amtsrichter hierselbst eidlich vernommen und bestätigte die in seiner Denunziation gemachten Angaben. Deswegen wurde Leib Kendziora wegen Betruges angeklagt, jedoch in der Hauptverhandlung vom 18. Juni d. J. vor dem hiesigen königlichen Schöffengerichte freigesprochen, obwohl der heutige Angeklagte auch jetzt wiederum eidlich seine früheren Aussagen im Wesentlichen wiederholte. Seine Angaben erscheinen sogar so unglaubwürdig, daß er sofort als des Meineides in zwei Fällen verdächtig verhaftet wurde. Auch heute verblieb der Angeklagte bei seinen alten Behauptungen. Leib Kendziora versicherte jedoch als Zeuge, daß der Angeklagte von ihm etwa 30 M. erhalten und ihm darüber einen Wechsel in Höhe von 38 M. ausgestellt habe. Seine Tochter, die damals den Wechsel nach Diktat geschrieben hatte, bestätigte, daß derselbe auf 38 M. gelautet habe. Auch derjenige, der dem Leib Kendziora den Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls gefertigt hatte, machte gleiche Angaben. Außerdem wurde durch Zeugen festgestellt, daß Leib Kendziora dem Angeklagten, als dieser nach Abgang der Denunziation wiederum zu ihm kam, um Geld zu borgen, vorgehalten habe, wie er denn so frech sein könne, um ein Darlehn zu bitten, nachdem er ihn wegen Betruges denunzirt und daß der Angeklagte hierauf geringschätzige Aeußerungen über die Bedeutung des Eides gemacht und gesagt hat, er habe gar nicht geschworen, sondern nur die Hand aufgehoben. Uebrigens hat Leib Kendziora bei diesem Vorfalle und auch noch bei einer anderen Gelegenheit auffallender Weise den Angeklagten je 50 Pf. geborgt. Er hat ihm auch den betreffenden Wechsel über 38 Rm., als der Angeklagte eine Abschlagszahlung von 15 Rm. leistete, zurückgegeben, angeblich weil der Wechsel zu jener Zeit werthlos gewesen sei, da der erwähnte Zahlungsbefehl schon rechtskräftig geworden. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des wissentlichen Meineides nichtschuldig, der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

Heute wurde gegen den Ausgedinger Martin Knop und dessen Sohn, den Wirth Carl Knop, beide aus Klein-Gay, verhandelt. Der erstere ist angeklagt, in betrügerischer Absicht einen gegen Feuersgefahr versicherten Kornschober in Brand gesetzt, der letztere, seinen Vater zu der bezeichneten Strafthat angestiftet und versucht zu haben, die Feuerversicherungsgesellschaft, bei der der Schober versichert war, zu betrügen. In der Nacht zum 7. Nov. 1880 brannte ein dem Angeklagten gehöriger Kornschober, der an der Dorfstraße in Klein-Gay seinem Gehöfte gegenüber aufgestellt war, vollständig nieder. Der Schober war für 300 Mark versichert. Daß der Schober von Menschenhand angezündet, ergab sich daraus, daß man aus dem brennenden Schober verkohlte Lumpen hervorgezogen hat. Auf den Angeklagten Martin Knop wurde der Verdacht der Brandstiftung wesentlich durch die Wirthsfrau Zonder gelenkt. Dieselbe gab anfänglich zu wiederholten Malen dem recherchirenden Gendarm an, daß sie bei Ausbruch des Feuers vom Schober her einen Mann hätte laufen sehen, ohne ihn erkennen zu können. Sie äußerte dabei, daß er, wenn er etwas herausbekommen und die Knop's ins Gefängniß bringen könnte, dies nicht umsonst gethan haben sollte. Späterhin und auch heute behauptete die Zonder, sie hätte aufs Bestimmteste in dem vom brennenden Schober fortlaufenden Manne, den Angeklagten Martin Knop erkannt. Die Thatsache, daß sie nicht von Anfang an diese Angabe gemacht, suchte sie damit zu erklären, daß sie gefürchtet hätte, die Knops würden, wenn sie als Zeugin wider dieselben aufträte, ihr, der Zeugin Gehöft ebenfalls in Brand stecken. In der heutigen Verhandlung trat als ganz neue Zeugin die Mutter der Vorgenannten auf, die ebenfalls aufs Nachdrücklichste versicherte, daß sie in dem fortlaufenden Manne den Martin Knop erkannt habe. Die Angeklagten führten gegen die Glaubwürdigkeit dieser beiden Zeugen an, daß sie mit Zonder prozessirt hätten. Von Seiten des Vertheidigers Rechtsanwalt Salomon wurde geltend gemacht, daß die Angeklagten in so glücklichen Verhältnissen lebten, daß sie nicht nöthig hätten, sich durch betrügerische Brandstiftung einen Gewinn zu verschaffen. Denn das dem Karl Knop gehörige Grundstück habe einen Werth von über 12,000 Rmk. und sei außerdem für den Martin Knop eingetragenen Ausgedinge nur mit 600 Thaler belastet. Uebrigens sei der Schober nicht überversichert gewesen und hätte deswegen Karl Knop von dem Abbrennen desselben einen Vortheil gar nicht haben können. In dem Schober hätten sich 40 Mandeln großer Roggenbunde zu einem Werthe von 10 Rm. incl. Stroh befunden. Der Roggen sei trocken und ausgewachsen gewesen und habe vom Frost nur wenig gelitten. Karl Knop hatte auf gleicher Grundlage seine Liquidation der Feuerversicherungsgesellschaft gegenüber aufgestellt und soll sich dadurch des versuchten Betruges schuldig gemacht haben. Der Inspektor der betreffenden Feuerversicherungsgesellschaft hatte den Werth des Schobers auf nur 105 Rm. tarirt. Bezüglich des zweiten Theils der gegen Karl Knop gerichteten Anklage, der Anstiftung zur Brandstiftung, wurde er wesentlich nur dadurch belastet, daß er nicht lange Zeit vor dem Ausbruch des Feuers geäußert hat, er bezahle schon einige Jahre zur Feuerkasse und wer könne wissen, wenn das eintreten werde. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete in allen Punkten auf Nichtschuldig, weshalb der Gerichtshof auf Freisprechung beider Angeklagten erkannte.

× **Gnesen,** 19. Oktober. [Schwurgericht.] Die vierte Schwurgerichtsperiode pro 1881 nahm am 17. d. Mts. im hiesigen Landgerichtsgebäude ihren Anfang. Die erste Verhandlung hatte einen Mord zum Gegenstande. Unter der Anklage stand der 65 Jahre alte Wirth Joseph Gawronski aus Goscieszyn, welcher beschuldigt ist, seine kaum 19jährige Ehefrau mit Absicht und Ueberlegung ermordet zu haben. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig, wonach der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 12 Jahren verurtheilte. — Ferner haben sich vor den Schranken des Schwurgerichts seit gestern zu verantworten der Kaufmann Wladislaus Lubecki aus Klecko wegen betrügerischen Bankerotts und seine Ehefrau Valentina Lubecka wegen Hülfeleistung und Beiseiteschaffung von Vermögensstücken. — Für Donnerstag stehen zur Verhandlung die Anklagen gegen den Knecht Ignatz Grabarczyk aus Owieczki wegen Raubes, gegen die Knechte Michael Nowak und Wojciech Kilkowski, beide aus Lednagora, ebenfalls wegen Raubes, und gegen die Magdalena Jelinska, Barbiertochter aus Wongrowitz, wegen Kindesmordes. — Am Freitag kommt die Anklage gegen den Dachdecker Michael Przepierski aus Tremessen wegen Straßenraubes und am Sonnabend die Anklage gegen die Magd Katharina Gozdowska aus Lubowo wegen Kindesmordes zur Verhandlung.

Landwirthschaftliches.

Sind die Einschränkungen, welche den Landwirthen auf Pachtgütern beim Anbau von Zuckerrüben häufig auferlegt werden, nach dem heutigen Stande der Wissenschaft zu rechtfertigen? (Schluß.) Wenn nun der Nachweis geführt ist, daß die Furcht vor dem sogenannten Ausbaudes Ackers durch die Zuckerrübe auf ganz unrichtigen Voraussetzungen beruht, da die Rübenmüdigkeit nicht durch einen Mangel an den zum Wachsthum der Rübe erforderlichen Nährstoffen bewirkt wird, so dürfte bei der in Rede stehenden Frage auf der anderen Seite auch die Rücksichtnahme auf den Pächter in Betracht zu ziehen sein. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß der deutsche Landwirth gegenwärtig alle Ursache hat, besorgt in die Zukunft zu blicken, da seiner Produktion von Seiten des Auslandes eine Konkurrenz droht, der zu begegnen ihm leider keine ausreichenden Mittel zu Gebote stehen. Unsere Wollproduktion ist der überseeischen Konkurrenz, unser Oelfruchtbau dem Petroleum erlegen, unserer Viehzucht und unserem Getreidebau machen Rußland, die Donauländer, Egypten, Indien, Australien und besonders Nordamerika eine schwer empfundene Konkurrenz, die sich von Jahr zu Jahr steigert. Amerika produzirte 1850 = 100,485,944 Bush. Weizen, 1860 schon 173,104,924 Bush., 1870 dagegen 287,745,625 Bush. und 1879 gar 425,000,000 Bush. Die Ausfuhr an Weizen aus Amerika belief sich

	im Jahre 1870	im Jahre 1880
nach England	9,791,575 Hektol.	27,861,375 Hektol.
„ Frankreich	356,824 „	15,363,874 „
„ Belgien	69,052 „	4,928,133 „
„ Deutschland	111,803 „	4,310,492 „
„ Portugal	247,303 „	474,064 „

Deutschlands Einfuhr an Weizen aus Amerika hat sich hiernach in den letzten Jahren nahezu vervierzigfacht. Auch Australiens Konkurrenz macht sich von Jahr zu Jahr mehr geltend, 1878 wurden von dort 1,460,000 Ztr. Weizen exportirt, 1879 hatte allein Südaustralien schon 3,250,000 Ztr. Weizen zum Export übrig. Und ähnlich ist es bei den anderen oben genannten Ländern, ihre Exportfähigkeit steigert sich immer mehr und ist noch lange nicht auf dem Höhepunkte angelangt, da sie noch ungeheure Strecken jungfräulichen Bodens besitzen, die nur der Kultur harren und die Produktion durch intensiveren Betrieb der Landwirthschaft in nicht abzusehender Weise gesteigert werden kann.

Wenn wir hiernach wenig Aussicht haben, der Konkurrenz des Auslandes in der Getreideproduktion die Spitze zu bieten, so dürfte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß nur die Verbindung der Landwirthschaft mit einem technischen Nebengewerbe die Möglichkeit gewährt, uns der erdrückenden Konkurrenz einigermaßen zu erwehren. Ueberall dort, wo Zuckerfabriken entstehen, wird der Landwirth, dessen Bodenverhältnisse es gestatten und dem ein anderer technischer Betrieb nicht zur Seite steht, auf den Anbau von Zuckerrüben angewiesen, um nicht allein unter den Schattenseiten des Rübenbaues, welche sich in Gestalt von höheren Arbeitslöhnen 2c. kundgeben, zu leiden, sondern auch an dessen Segnungen theilzunehmen. Betrachten wir die segensreichen Folgen, welche das Aufblühen der Zuckerindustrie überall im Gefolge gehabt hat, und bedenken wir, daß nur der wohlhabende Landwirth die erforderliche Aufwendung für die Verbesserung von Grund und Boden machen kann, daß wohl nur die Rübe die Unkosten der Tiefkultur deckt, so wird man mir gewiß beistimmen, wenn ich behaupte, daß in dem Verbot des Rübenbaues oder in der Einschränkung desselben auf ein Minimum — und es giebt Fälle, in denen der Anbau der Rübe nur auf $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{50}$ der Gesammtfläche erlaubt ist — eine, wenngleich unbeabsichtigte, Schädigung des Nationalwohlstandes liegt und dadurch dem weniger bemittelten Landwirth die letzte Aussicht auf eine bessere Rentabilität seines Betriebes vollkommen abgeschnitten wird. Arens Gorka.)

(Aus dem „Landwirthschaftl. Zentralbl. f. d. Provinz Posen.")

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Oesterreichische 4prozent. 250 Fl.-Loose de 1854.** 54. Gewinnziehung am 1. Oktober 1881 zu den am 1. Juli 1881 gezogenen Serien. Auszahlung vom 31. Dezember 1881 ab bei der k. k. Staatsschuldenkasse zu Wien.

Gezogene Serien: 11 126 172 203 229 250 312 559 819 946 1319 1400 1439 1519 1568 1834 1917 1959 2073 2363 2434 2559 2568 2594 2655 2866 2966 3228 3286 3376 3508 3562 3578 3579 3688 3787 3813 3972.

Gewinne: à 40,000 Fl. Ser. 312 No. 48. — a 5000 Fl. Ser. 2559 No. 11.

à 2000 Fl. Ser. 229 No. 11, Ser. 946 No. 50, Ser. 1319 No. 43, Ser. 4286 No. 6, Ser. 3508 No. 19.

a 1000 Fl. Ser. 11 No. 14, Ser. 1917 No. 7 32, Ser. 2966 No. 35, Ser. 3562 No. 34.

a 400 Fl. Ser. 172 No. 4 40, Ser. 250 No. 46, Ser. 312 No. 40, Ser. 559 No. 15 26, Ser. 819 No. 18 35, Ser. 946 No. 2 22, Ser. 1439 No. 28, Ser. 1519 No. 30 38, Ser. 1568 No. 27 31, Ser. 1834 No. 31 33 47, Ser. 1917 No. 50, Ser. 1959 No. 18, Ser. 2073 No. 50, Ser. 2363 No. 11, Ser. 2434 No. 3, Ser. 2559 No. 4 14 20, Ser. 2568 No. 13 22 34 42, Ser. 2594 No. 18 48, Ser. 2655 No. 2 33, Ser. 2866 No. 30, Ser. 2966 No. 22 34, Ser. 3228 No. 44, Ser. 3508 No. 16 36, Ser. 3562 No. 3 7, Ser. 3579 No. 8, Ser. 368

No. 7, Ser. 3787 No. 4, Ser. 3813 No. 10 42, Ser. 3972 No. 6 15 36. Die übrigen Nummern obiger Serien erhalten je 300 Fl.

** **Wien**, 19. Oktober. Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. Oktober.*)

Notenumlauf	347,363,410	Zun.	2,047,330	Fl.
Metallschatz	189,838,214	Zun.	940,691	„
In Metall zahlb. Wechsel	11,751,881	Abn.	528,769	„
Staatsnoten, die der Bank gehören	1,427,520	Zun.	565,924	„
Wechsel	131,198,586	Zun.	2,753,695	„
Lombard	20,058,000	Abn.	921,400	„
Eingel. und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	6,219,964	Abn.	16,197	„

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 7. Oktbr.

Vermischtes.

* **Der Kongreß der Impfgegner** tagt gegenwärtig in Köln. In seiner Sitzung vom 10. d. M. war der Hauptredner Herr Dr. Pigeon aus Fourchambault (Nièvre). Derselbe stellte folgende sechs Punkte auf, welche er in längerer Rede zu beweisen suchte: 1. Die Pocken sind keine an sich schwere Erkrankung; 2. Impfung schützt nicht gegen Pockenkrankheit; 3. Impfung prädisponirt zur Pockenkrankheit und macht die Erkrankung bedeutend schwerer; 4. Impfung prädisponirt zur Syphilis; 5. Impfung prädisponirt zu anderen ansteckenden Krankheiten, welche bedeutend gefährlicher sind, als die Blattern; 6. sie veranlaßt Degeneration des menschlichen Geschlechtes. Hierauf wurde eine Kommission zur Redaktion einer Petition an den Reichstag gewählt. Herr Dr. Weber aus Duisburg sprach über die Stellung der Aerzte zur Impffrage und erörterte die Gründe für das meist ablehnende oder gleichgiltige Verhalten derselben gegenüber dieser Frage. Staatsrath Dr. Walz aus Frankfurt a. O. sprach über Impfschäden, welche er in zwei Klassen, sofort auftretende und später auftretende, eintheilte. Während er unter der ersteren besonders den Rothlauf erwähnte, besprach er von letzterer Fülle der Ueberbürdung von Syphilis und Skropheln unter zahlreicher Anführung von Beispielen aus seiner Erfahrung und Praxis. Redner gehört auch zu Denen, welche einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Impfung und Dyphtheritis anerkennen. Zustimmungsschreiben wurden verlesen, u. A. eines von Dr. Westermaier (München), welcher der Versammlung nicht beiwohnen kann, um, wie er schreibt, für seine Wiederwahl in den Reichstag fortwährend thätig sein zu können, und eventuell im Reichstag wieder gegen das Impfgesetz thätig sein will. In der folgenden Sitzung gab Herr Dr. Oidtmann eine zweistündige scharfe Kritik des bekannten Gutachtens der königlichen wissenschaftlichen Deputation, auf welches Gutachten hin damals hauptsächlich das Reichs-Impfzwanggesetz zu Stande gekommen. Herr Dr. Schoppe hielt dann noch einen sehr interessanten Vortrag über den Einfluß, welchen die Impfung mit ganz gesunder Lymphe auch auf ganz gesunde Kinder haben müsse, und daß die Impfärzte meist nicht im Stande seien, über Erkrankungen genaue Auskunft zu geben, da dieselben meist erst später nach dem siebenten Tage, wo dieselben den Impfling wieder zu sehen bekämen, aufträten.

* **Der berühmte Schachspieler Dr. Zuckertort** hat am Freitag in Leipzig eine großartige „Blindlingsproduktion" ausgeführt. Er spielte gleichzeitig 12 Partien, von denen er zehn gewann und zwei verlor. Der Kampf dauerte von Abends 6 bis Nachts 2 Uhr.

* **Unweit Manchester** ereignete sich dieser Tage ein eigenthümlicher Unfall. Ein Polizist hatte einen Revolver zum Geschenk bekommen, den er auf den Kaminsims legte. Während seiner Abwesenheit nahm sein achtjähriger Sohn, nicht wissend, daß diese Waffe geladen war, den Revolver in die Hand und steckte ihn im Scherz in den Mund; der Revolver ging dabei los und streckte den Knaben leblos zu Boden; als nun der Vater nach Hause kam und das Dienstmädchen ihm erklärte, auf welche Weise der Unfall sich zugetragen, und dabei den Revolver ebenfalls in den Mund steckte, ging derselbe abermals los und tödtete das Mädchen ebenfalls. Beide Leichen wurden am Donnerstag unter großer Theilnahme des Publikums in einem Sarge begraben.

Verantwortlicher Redakteur: O. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Eine neue Erfindung, nämlich ein Verfahren, alte Textil-Gegenstände fast neu herzustellen, welches alles bisher auf dem Gebiete der chemischen Industrie von der Judlin'schen chemischen Wasch-Anstalt Geleistete zu übertreffen scheint, tritt soeben unter dem Namen „Ozeonide" in die Oeffentlichkeit. Dieses Verfahren, das sich auf den Einfluß des Ozons auf verblaßte Tuche und Stoffe basirt, erstreckt sich zunächst auf die Renovirung und Reinigung aller Arten Teppiche, von den gewöhnlichsten bis zu den feinsten Velour- und echten Perser-Teppichen, ohne irgend einen Geruch zu hinterlassen oder das Gewebe zu schädigen. Nach dem übereinstimmenden Gutachten von Sachverständigen wird durch dieses Verfahren das Gewebe des Teppichs bei den verschiedenen Manipulationen derartig gehoben, daß dasselbe nach der Prozedur nicht nur eine überraschend prachtvolle Farbenfrische, sondern auch eine Weichheit besitzt, die derjenigen eines neuen Teppichs fast gleichkommt. Auf besonderes Verlangen erklärt sich die genannte Fabrik bereit, eventuell festliegende Teppiche im Hause vor den Augen der Auftraggeber zu reinigen und zu renoviren. Annahme in **Posen** bei **Joh. Slomowska,** Wilhelmsstr.

Aufgebot.

Auf den Antrag der verehelichten **Emilie Brunowska,** geb. **Manthey** zu **Buffalo,** vertreten durch die Wittwe **Pauline Brunowska** zu Schwersenz, wird der am 10. Januar 1847 zu Schwersenz geborene ehemalige Handlungskommis **Paul Otto Manthey,** welcher im Jahre 1868 nach Amerika ausgewandert ist, aufgefordert, sich spätestens in dem auf

den 20. September 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Geschäftszimmer Nr. 5 des Amtsgerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

Posen, den 19. Oktober 1881.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Nathan Jacobi** zu Posen wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 5. Oktober 1881 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 5. Oktober 1881 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Zur Abnahme der vom Verwalter gelegten Schlußrechnung wird eine Gläubigerversammlung auf

den 10. November 1881,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Amtsgerichte im Geschäftszimmer Nr. 5 des Amtsgerichtsgebäudes anberaumt.

Posen, den 20. Oktober 1881.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.
Beglaubigt.
Brunk,
Gerichtsschreiber.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Putzwaarenhändlerin **Anna Kobicke,** geb. **Schüler** hier wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom **8. Oktober 1881** angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß von demselben Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Schwerin a./W.,
den 17. Oktober 1881.

Königliches Amtsgericht.
Beglaubigt:
Heck,
Gerichtsschreiber.

Bekanntmachung.

Putzwaarenhändlerin **Anna Kobicke,** geb. **Schüler,** Concurs.

Termin zur Schlußrechnung des Verwalters

2. November 1881,

Vormittags 9 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle.

Schwerin, a./W.
den 17. Oktober 1881.

Königl. Amtsgericht.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 24. d. Mts. wird im Fahrplan des Zuges 429 von Gnesen bis Posen ein Extrazug zur Beförderung von Personen in allen Wagenklassen und von Vieh fahren. Abfahrt von Gnesen 6 Uhr 12 Minuten Abends, Ankunft in Posen 8 Uhr 35 Minuten.

Posen, den 17. Oktober 1881.

Kgl. Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Nothwendiger Verkauf.

Die in Palczyn belegenen, im Grundbuche von Palczyn Band 48 Blatt Nr. 7 und 29 eingetragenen, der **Josefa Schulz** geb. **Kubsch** gehörigen Grundstücke sollen

am 6. Dezbr. 1881,

Vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 11 des unterzeichneten Gerichts in nothwendiger Subhastation versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages

am 6. Dezbr. 1881,

Nachmittags 12½ Uhr,

daselbst verkündet werden.

Das Grundstück Palczyn Nr. 7 umfaßt eine der Grundsteuer unterliegende Gesammtfläche von 13 ha 14 a 10 qm. Zur Grundsteuer ist dasselbe mit einem Reinertrage von 155,64 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 90 Mark veranlagt.

Das Grundstück Palczyn Nr. 29 ist mit einem Flächeninhalt von 7 ha 95 a 40 qm zur Grundsteuer mit einem Reinertrage von 110,94 Mark veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, alle sonstigen die Grundstücke betreffenden Nachrichten, sowie etwaige Verkaufs-Bedingungen können in unserer Gerichtsschreiberei I. Vormittags von 8—10 Uhr eingesehen werden. Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die bezeichneten Grundstücke geltend machen wollen, haben dies spätestens im Versteigerungstermine zu thun.

Wreschen, den 12. Okt. 1881.

Königl. Amts-Gericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die in der Stadt Wielichowo unter Nr. 10 und 129 belegenen, den Ackerbürger **Marianna** geb. **Linkiewicz** und **Johann Samelka**schen Eheleuten gehörigen Grundstücke, von welchen Wielichowo Nr. 10 mit einem Flächeninhalte von 3 ha 64 a 90 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 9,52 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 50 M., und Wielichowo Nr. 129 mit einem Flächeninhalte von 7 ha 71 a 10 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 13,36 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 6. Dezbr. 1881,

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, zu Wielichowo versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten können im Bureau IV. des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 7. Dezbr. 1881,

Vormittags um 9 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kosten, den 29. Sept. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die in dem Dorfe Kabel I und in dem Dorfe Attendorf, Kreis Fraustadt belegenen, im Grundbuche der genannten Gemarkungen Band I und resp. IV Blatt 45 resp. 164 auf den Namen der **Gottlieb** und **Anna Elisabeth** geb. **Hildebrandt-Waehnelt**'schen Eheleute eingetragenen Grundstücke, deren der Grundsteuer unterliegende Flächen 1 ha 58 a 50 qm, beziehungsweise 1 ha 24 a 60 qm betragen und welche mit einem Reinertrage von 12 M. 81 Pf. beziehungsweise 24 Mark 81 Pf. zur Grundsteuer, Kabel I Nr. 45 auch mit einem Nutzungswerthe von 45 Mark zur Gebäudesteuer veranlagt sind, sollen Zwecks Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

Sonnabend,
den 26. Nov. 1881,

Vormittags um 10 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des vollständigen Grundbuchblattes und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen beziehentlich Abschätzungen und die besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II des unterzeichneten Gerichts während der Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen, welche Eigenthums- oder andere im Grundbuche nicht eingetragene Rechte, deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch durch die Eintragung in das Grundbuch bedingt wird, geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Das Zuschlagsurtel wird

am 28. Nov. 1881,

Mittags um 12 Uhr,

an der Gerichtsstelle verkündet werden.

Fraustadt, den 24. Sept. 1881.

Königliches Amtsgericht.

Die Provinzial-Blinden-Anstalt zu Bromberg

empfiehlt die **Bürstenfabrikate ihrer Zöglinge:** Schrobber, Scheuer-, Schmutz- u. Wichsbürsten, Kardätschen, Mähnenbürsten, Haarbesen, Handfeger, Kleider-, Cylinder- und Flaschenbürsten, Schrobber für Brauereien und Brennereien, Faßbürsten 2c. zu den billigsten Preisen unter Franko-Zusendung.

Wiederverkäufern besonders zu empfehlen.

Dominium Lenartowice bei Pleschen verkauft billig

10 Centner Hopfen.

Meine

Mahl- und Schneidemühle

mit bedeutender Wasserkraft, vollständig neu nach bester Konstruktion eingerichtet, mit Wohn- und Wirthschaftsgebäuden sowie ca. 100 Morgen Land ist Krankheits halber zu verkaufen und wollen sich Kauflustige direkt wenden an

Robert Grant,
Obergörzig bei Meseritz.

Koppitz, Kr. Grottkau.

Der Bockverkauf

Lenschower Abstammung
hat begonnen.

Der

Bock-Verkauf

in der Stammschäferei **Stachau** bei Steinkirche, Reg.-Bez. Breslau, hat begonnen.

v. Stegmann.

Der Bockverkauf

aus der Vollblut-Merino-Heerde, rein Hoschtitzer Abstammung zu Carlsdorf, Preußisch Schlesien, **beginnt am 24. Oktober cr.** Wagen zur Abholung nach Anmeldung auf Station Wäldchen (Breslau-Mittelwalder Bahn).

von Mons.

Aus der berühmten Stammheerde des verstorbenen Herrn Amtsrath **Diener** auf Domaine Schönfließ p. Briesen W./P. stehen noch einige 20 Stück Jahrgang 76, 77, 79 u. 80

Rambouillet-Vollblut- u. Rambouillet-Halbblut-
Negretti-Kreuzung,
sprungfähige Böcke

preiswürdig zum Verkauf. Die Thiere zeichnen sich durch Wollreichthum und schöne Figuren ganz besonders aus.

Domaine Schönfließ W./P.,
im Oktober 1881.
Die Gutsverwaltung.
Fr. Neubauer.

Panzer-Uhrketten

von echt Gold nicht zu unterscheiden. 5 Jahre schriftliche Garantie.

m. 14kar. Gold plattirt. Herren-Kette Stück 5 M. Damen-Kette mit eleganter Quaste Stück 6 M.

Garantie-Schein: Den Betrag dieser Uhrkette zahle ich zurück, falls dieselbe innerhalb 5 Jahren schwarz wird.

M. Grünbaum, Berlin C., 34 Jerusalemerstr.

Illustrirter Katalog gratis.

9 Stück Omnibusse

für **Hotel- und Omnibusbesitzer** besonders geeignet, stehen billig **zum Verkauf Tauenzienstr. 40, Breslau.**

Wasserabsperrung.

Wegen Herstellung einer Rohrverbindung für die Wallstraße am Berliner Thor muß die Wasserleitung im Innern der Stadt am

Freitag den 21. d. Mts., Abends 11 Uhr,
bis Sonnabend, Vormittag 6 Uhr,

abgesperrt werden.

Wir erlauben uns, unseren geehrten Abnehmern hiervon mit dem höflichen Ersuchen ergebenst Mittheilung zu machen, sich im Voraus mit dem nöthigen Wasser für diese Zeit zu versorgen, und gefälligst darauf achten zu wollen, daß alle Zapfhähne nachher geschlossen bleiben, damit beim Wiederanlassen des Wassers Ueberschwemmungen in Wohnräumen vermieden werden.

Die Direktion der Wasserwerke.

Vollkommen wasserdichte Mäntel mit Kapuze

aus reinen steirischen Schafwoll-Loden, naturfärbig grau, braun oder schwarz.

Ein leichter Wetter-Mantel mit Kapuze	12 M.
„ Jagdmantel	18 „
„ Kaisermantel oder Ueberzieher	21 „
Ein dicker Kaisermantel oder Ueberzieher warm gefüttert	28—40 M.
Eine hübsche Loden-Joppe	18—30 „
Ein ganzer Herren-Anzug	35—50 „
Ein **Damen-Paletot,** modern sehr kleidsam	18—35 „

Wasserdichte **Loden-Hüte**
für Herren, Damen und Kinder 4½—6 M.

Alle Gattungen Fabriks- und Bauern-Loden, modernisirte Loden-Stoffe, aus reiner steirischer Schafwolle werden per Meter oder in beliebigen fertigen Kleidungsstücken billigst berechnet und gegen Postnachnahme prompt geliefert von der Tuchhandlung

Joh. Günzberg in Graz (Steiermark.)

Flügel und Pianino's

aus den bedeutendsten Fabriken empfiehlt unter Garantie in reicher Auswahl zu billigsten Preisen auch bei Ratenzahlungen

S. J. Mendelsohn.

Ein wenig gebrauchter **Stutzflügel** mit vorzüglichem Ton und ein desgl. **Pianino** sind preiswerth am Lager.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LAND.-IND.-LOTTERIE.

Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie

zum Besten der Krankenpflege des Johanniter-Ordens und hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden aus den Jahren 1848 bis 1851.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 1. Klasse am 30. Nov. 1881.

Hauptgewinne der 1. Klasse:

1 Mobiliar von Nußbaum, Werth 2440 Mark, 1 Pianoforte, Werth 720 M., 1 Mobiliar, Werth 550 M., 1 Bücherschrank, Werth 220 M., 4 Gew., 1 gold. Herren-Ancre-Uhr, Werth 584 M., 35 Gew., 2 silb. Eßlöffel, Werth 840 M.

Erneuerungsloose à 0,75 M. sind zu haben in der **Exped. d. Pos. Ztg.**

In unserem Verlage erschien soeben:

Comptoir-Wandkalender für 1882.

Im Dutzend 1 M. 80 Pf., einzeln 20 Pf.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
(E. Röstel.)

SPECIALITÄT:

Reinigung
aller Art unzertrennter
Herren- u. Damen-Garderobe,
Seidener u. wollener Kleider
in den hellsten und unechtesten Farben mit jedem Besatz, Uniformen, weisser Beinkleider, sowie sämmtlicher Equipirungsstücke, Pelzsachen, gefütterter und wattirter Gegenstände durch das
Chemische Verfahren
SYSTEM
JUDLIN

Points und Spitzen
auf Neu gewaschen.

Sammet
wird nach
Vorzüglichstem Verfahren
wiederhergestellt, ohne die Gegenstände zu zertrennen.
Stichstellen, Stellen wo früher Besatz gewesen, werden vollständig entfernt.

Färberei
à Ressort
für seidene Kleider und verlegene Stoffe.

JUDLINsche
Chemische Wasch-Anstalt

Färberei. | F. GRUNER. | Druckerei.

BERLIN

Friedrich-Strasse 149. Central-Hotel. Alexander-Strasse 57.

46. Leipziger-Strasse 46.

Potsdamer-Strasse 123a. Alt Carlsbad. Oranien-Strasse 157.

FABRIK:
5. Lützow CHARLOTTENBURG Lützow 5.
Berliner-Strasse 71.

Avis!

Eine neue Einführung der Fabrik besteht darin fertige, dichtgewebte Garderoben-Gegenstände
porös-wasserdicht
herzustellen und bieten diese nach eigenem System der Anstalt präparirten Stoffe **sämmtliche Vorzüge,** welche die Kautschuk-Mäntel durch lästiges und ungesundes Tragen entbehren. Die Gegenstände behindern die Transpiration des Körpers nicht. Façon, Farbe oder Stoff wird nicht beeinträchtigt, letzterer vielmehr conservirt.

Besonders empfehlenswerth für Militair, Jagd- und Reisemäntel, Uniformen, Livréen, Garderobenstücke, für Forst-, Oeconomie- und Eisenbahnbeamte, Schirme etc.

Annahme in **Posen** bei **Joh. Slomowska,**
Wilhelmsstrasse.

SPECIALITÄT:

Reinigung
im Ganzen jeder Art
Meubles u. Teppiche
Gobelins.

Mull- und Tüll-Gardinen
werden auf das Schonendste gewaschen; auf Wunsch ohne Nachtheil für das Gewebe unverbrennlich hergestellt, d. h. vor dem Aufgehen in Flammen geschützt. Appretur auf der patentirten
Appretur-Maschine
SYSTEM
JUDLIN

Handschuhe u. Federn
Stroh- und Filzhüte.

Gardinen
in
Cretonne, Cattun, Satin,
werden, je nach Beschaffenheit, entweder chemisch trocken gereinigt, oder nass gewaschen und mit neuem Glanz versehen.

Färberei
Druckerei
für wollene und baumwollene Stoffe.

Zur gefälligen Beachtung!!

Neben meinem Wurstgeschäfte, Friedrichsstr. 13, eröffne heute eine **neu** eingerichtete
Frühstücksstube
und empfehle dieselbe den geehrten Herrschaften. Zu **jeder** Tageszeit **warme** Würstchen sowie Aufschnitt.
Hochachtungsvoll
Otto Menzel.

Simon,
Friedrichsstraße 30.
Heute:
Karpfen in polnischer Sauce und frische Flaki.

Am **Sonnabend,** d. 22. Oktober **Kesselwurst** mit **Schmorkohl,** auch musikalische Unterhaltung, wozu ergebenst einladet **Louis Pohl,**
am Kalischer Thor.

Hoffmanns Brauerei Feldschloß.
Heute Abend **Eisbeine.**
J. Busse.

A. Nerges-Dubois's
Tanz-Cursus beginnt **1. November cr.** Honorar für **alle** Tänze **nur 15 Mark.** Anmeld. täglich **Friedrichsstr. 16,** Hinterhaus I.

Stadt-Theater.

Freitag, den 21. Oktober c.:
Die Hugenotten.

B. Heilbronn's Volksgartentheater.
Freitag, den 21. Oktober c.:
Mein Leopold. — Original-Volksstück mit Gesang in 3 Akten von A. L'Arronge. Musik von R. Bial.
Die Direktion.
B. Heilbronn.

Nachdem der Herr Dr. Weber-Berlin in der heutigen Wählerversammlung einstimmig von allen Parteien als deutscher Kandidat für den Reichstag für den Wahlkreis Birnbaum-Obornik-Samter proklamirt worden ist, erlaubt sich das in der heutigen Versammlung erwählte Comité alle deutschen Wähler zu bitten, mit allen Kräften für die Wahl des Herrn Dr. Weber einzutreten und zu wirken.

Wronke, den 18. Oktober 1881.

von Jagow. Kunze. Luther. J. Peyser.
Sasse. von Seydlitz. Dr. Werner.

Pain-Expeller! Dies namentlich bei **Gicht** und **Rheumatismus** bewährte Hausmittel ist **nur echt,** wenn auf der Verpackung ein „**rother Anker**" sichtbar ist. Preis 50 Pf., 1 M. und 1 M. 75 Pf., vorräthig
in Posen in der „Rothen Apotheke", Markt 37, und bei Apotheker Dr. G. Mankiewic.

Für Schuhwaarenhändler!
L. Bauer's Schuhwaaren-Erzeugung zu Lomnitz in Mähren liefert Herren-Stiefeletten von Rindsleder per Dtzd. 42 M. gegen Nachnahme.

Die ersten Straßburger
Gänseleber-Pasteten
in Terrinen
empfing
Jacob Appel.

Elsene und **kief.**
Bretter und Bohlen
hat abzugeben
Simon Blumberg,
Gr. Ritterstr. 3, Part.

---

10 Schock Langstroh,
Station Schroda zu k. gew. Offerten X. 4. Exped. Pos. Ztg.

A. Fricke. Bankgeschäft
Berlin SW. **14. Kommandantenstr. 14.**
Coulante Ausführung von **Börsen-Aufträgen** gegen $\frac{1}{10}$% Provision. Spesenfreie Coupons - Einlösung. Auskünfte gratis.

Ein akad. geb. j. Mann wünscht Gymnasiasten oder Realschülern **Nachhülfe** zu ertheilen. Gef. Off. u. F. G. 13. in d. Exp. d. Bl. erb.

Französischen und italienischen Unterricht ertheilt
Dr. Lenk, Bäckerstr. 25, Part.

Pension f. e. jung. Fräulein, w. e. mehrwöchentl. ärztl. Kur obliegen will, gesucht. Gefl. Offerten sub A. T. postlagernd.

Dr. S. Fraenkel,
Spezialarzt
für Ohrenkrankheiten,
Breslau, Carlsstraße 15,
Sprechstunden 8—10 u. 3—5 Uhr.
Für Arme unentgeltlich.
Bei nothwendig längerem Aufenthalt Pension in meiner Klinik zu mäßigen Preisen.

St. Martin 69, n. d. Druckerei, sind 1 auch 2 freundl. möbl. Vorderzimmer zum 1. Nov. zu verm. II. Stock.

Ein j. Mann sucht möbl. **Wohnung** mit Mittagstisch im oberen Stadttheil. Offert. mit Preis unter R. Z. postlag. erb.

Wallischei 73
sind vollständig renovirte **Wohnungen** sofort zu vermiethen.

Markt 95/96, II., ist ein möbl. **Zimmer** mit oder ohne Kost an 2 Herren zu verm.

Sofort zu vermiethen:
Schützenstr. 19 4—8 Stub. I. Et.,
Schützenstraße 20 Stall u. Remise.

St. Martin 18, Ecke der Kl. Ritterstr., ist sofort eine Wohnung im III. Stock von 6 großen Zimmern für 1275 Mark pro anno zu vermiethen.

Den Bewerbern um die hiesige Kantor- und Schächterstelle zur gefälligen Nachricht, daß über dieselbe noch nicht entschieden ist.
Meldungen werden **bis zum 15. November cr.** entgegengenommen, alsdann wird die Berufung von Kandidaten zu den Probevorträgen erfolgen.
Rogasen, den 19. Oktober 1881.
Der Korporations-Vorstand.
Jastrow.

Ein junges Mädchen
aus anständiger Familie, seit Jahren in der Hauswirthschaft beschäftigt, welche Schneidern und Maschinenähen kann, wünscht Stellung zur Stütze der Hausfrau. Gefl. Offerten unter X. Y. 30 in der Exp. d. Bl.

Für einen Knaben,
der die Schlosserei erlernen will, wird eine Lehrstelle bei einem tüchtigen Meister gesucht. Näheres zu erfragen im Comptoir Wronkerstr. 15.

Für mein Colonialwaaren-, Destillations- und Bier-Verlagsgeschäft suche per 1. Januar 1882 einen **Lehrling,** Sohn achtbarer Eltern.
B. Bernhard.
Meseritz.

Einen Lehrling
für das Destillationsgeschäft, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, suchen
Becker & Co.

Stellegesuch!
Ein Forstmann, 20 Jahre beim Fach, ev., der polnischen Sprache vollständig mächtig, in allen Arten der Forstkultur bewandert, 6 Jahre in letzter Stellung, der ein Areal von 5000 Morgen selbständig bewirthschaftet hat und dem Zeugnisse und Empfehlungen zur Seite stehen, sucht Stelle. Etwaige Offerten sind zu senden: **Förster Wüstenei** im **Forsthaus Taschau bei Laskowitz.** (H. 11785b.)

Kaufmännischer Verein.

Sonnabend, den 22. Oktober 1881,
Abends präcise 8 Uhr:

60jähriges Stiftungsfest
in den
Gesellschaftsräumen der Loge.
Der Vorstand.

Es wird ein gewandter **Diener** mit guten Zeugnissen, der auch Tischserviren versteht, gesucht. Zu melden Gr. Ritterstr. Nr. 8.
Vermieths-Bureau.

Eine **Wirthin** w. gesucht, Köchinnen u. tücht. Mädchen für Alles zu haben durch **M. Schneider,** St. Martin 58.

In meinen Werkstätten können sofort
5 tüchtige Eisendreher
dauernde und lohnende Arbeit finden.
Gassen, im Oktober 1881.
Theodor Flöther.
Eisengießerei u. Maschinenfabrik.

Eine tüchtige Directrice
für Damen - Confection findet **dauernde u. angenehme** Stellung nach einer groß. Provinzial-Stadt v. 15. November cr. Gefl. Offerten Expedition dies. Zeitung sub W. T.

Ein gut empfohlener deutscher
Hof-Verwalter
findet zum 1. Januar Stellung.
Dom. Rokietnica.

Tücht. Wirthschafts- und Forstbeamte 2c. sucht und empf. Liegnitz.
Goebel, Dec.-Inspector.

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.
Heute Nachmittag wurde uns ein Söhnchen geboren.
Posen, den 20. Oktober 1881.
Rechtsanwalt **Salomon**
und Frau.

Die irdische Hülle meiner theuren **Wanda,** geb. **Mebus,** wird Sonnabend, den 22. d., 2 Uhr Nachmitt. in der Familiengruft zu Mur.-Goslin zur ewigen Ruhe gebettet.
Julius Erdmann.

Gestern früh 5 Uhr entschlief im Herrn, im Diakonissen-Hause, unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau
Caroline Schlichting,
geb. **Brumme,**
in ihrem 67. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr von dem Diakonissenhause aus statt.
Dieses zeigen tiefbetrübt, um stille Theilnahme bittend, an
die hinterbliebenen Kinder.

Nachruf!

Am 15. d. M. starb hierselbst der Lehrer und Organist Herr
Wilhelm Partuschke
im Alter von 65 Jahren nach längerem Leiden. Die allgemeine Liebe und Achtung, welche der Verstorbene während seiner 36jährigen Amtsthätigkeit hierselbst sich erworben hatte, fand bei seiner gestern in feierlichster Weise erfolgten Bestattung ihren Ausdruck, da fast die ganze Einwohnerschaft den verehrten Lehrer zu seiner Ruhestätte begleitete.
Friede sei seiner Asche!
Birnbaum, 19. Oktober 1881.

Sonnabend, den 22. d., Abds. 8 Uhr
Tanzkränzchen
im **Herfort**'schen Saale, Wronkerstraße 4, wozu ergebenst einladet
Der Vorstand
der Schlosser-Gesellen-Innung.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Anna Zybell mit Lieut. F. Voigt in Eberswalde. Frl. Emmy Schilling mit Kaufm. Max Ockel in Halberstadt—Kolberg. Frl. Anna de Vaux mit Pr.-Lieut. Karl von Hagen in Dresden und Schwerin. Frl. Bertha Lewy mit Hrn. Oskar Sonnenthal in Stettin u. Cöthen. Frl. Helene Kurzreiter mit Fabrikbesitzer Adolf Wolf in Hoyerswerda—Guben. Frl. Nathalie Rose mit Hrn. Edmund Landsberger in Königsberg i. Pr.—Berlin. Frl. Martha Kühn mit Kaufm. Bruno Antelmann in Berlin. Verw. Frau Louise Bichtemann, geb. Freibig mit Regierungsgeometer Friedrich Lindemann in Berlin.

Verehelicht: Pr.-Lieutn. Wilhelm von Renz mit Frl. Utta Freiin Marschall von Bieberstein in Karlsruhe. Geh. exped. Sekretär Ferdinand Strache mit Frl. Franziska Schwieger in Berlin. Hr. Adolf Neidhardt mit Frl. Käthe Schenck in Leipzig—Dresden. Hr. Adolf Langer mit Frl. Gertrud Litzenberg in Schweidnitz—Berlin. Hr. Karl Biedermann mit Frl. Helene Liebe in Berlin—Leipzig.

Gestorben. Frau Marie Weber, geb. Reimer in Swinemünde. Hr. Wolf Feiler. Rittmeister Dietrich Freiherr v. Gemmingen in Stuttgart. Königl. Geheimer Justizrath und Kreisgerichts-Direktor z. D. Honigmann in Cölln bei Meißen. Hr. André Hanker Matthaei in Magdeburg. Frl. Meta Castens in Bremen. Major a. D. v. Derenthall in Berlin. Prediger emer. Dr. Friedrich Liebetrut in Charlottenburg. Major Gustav Ripke in Gumbinnen. Verw. Frau Auguste Bolle, geb. Richter. Frl. Luise Elfreich. Frl. Anna Matthesius. Frau Ernestine Lisiecka, geb. Glückmann. Hrn. Richard Voorgang Sohn Hans. Frau Gräfin Evéline Matuschka, geb. Gräfin Sternberg (Schloß Arnsdorf.) Frl. Emilie Engel in Schwerin i. Mecklenburg. Geh. Reg.-Rath William Schlippe in Altenburg. Königl. Ober-Reg.-Rath a. D. Ernst Friedrich Ferd. Viebig in Düsseldorf. Militär-Intendantur-Rath Techow Sohn Louis. Rentier A. Skalweit in Labian. Verw. Frau Polizeirath Petersen, geb. Grabau. Eigenthümer Karl Nürnberg in Nieder-Schönhausen.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.